

rundschreiben  
02/21



medico international

# Gesund- heit für wen?

Impfgerechtigkeit, Patentparadigma und  
Biomedizin / Außenpolitik im Dauernotstand  
/ Götterdämmerung des Neoliberalismus

**Titelbild:** Sie sind vor Ort, kennen die Familien und ihre Krankheiten: Seit Jahrzehnten sind Gesundheitsarbeiterinnen in den Armenvierteln Südafrikas die Brücke ins öffentliche Gesundheitssystem. Mit medico-Unterstützung konnten sie im vergangenen Jahr endlich ihre Anerkennung und eine angemessene Bezahlung durchsetzen.  
Foto: Eric Miller

Fotos der Autor:innen: medico, Privat, Jörg Schaaber

## Impressum

Herausgeber:  
medico international  
Lindleystr. 15  
D-60314 Frankfurt am Main  
Tel. [069] 944 38-0, Fax [069] 436002  
E-Mail: [info@medico.de](mailto:info@medico.de)  
Homepage: [www.medico.de](http://www.medico.de)

Redaktion: Katja Maurer (verantwortl.),  
Moritz Krawinkel, Ramona Lenz, Christian Sälzer  
Korrektorat: Silke Weidner  
Gestaltung und Satz: Andrea Schuldt

Hinweis: Das medico-rundschreiben ist auf  
100 % Recyclingpapier gedruckt.

ISSN 0949-0876

## AUF EINEN BLICK – MEDICO-RUNDSCHREIBEN 02/21

- 4 **Editorial**
- 6 **Solidaritätsinzidenzwert: Null**  
Leitartikel: Impfstoffe, Patente, globale [Un-]Gerechtigkeit
- Covid-19 und brennende Fragen**
- 12 **Kolonialer Begriff von Gesundheit**  
Pandemie stärkt bedenklichen Sicherheitsdiskurs
- 16 **Kaste, Klasse, Corona-Katastrophe**  
Indien: Tödliche Welle in extrem hierarchisierter Gesellschaft
- 19 **In die Würde der Menschen investieren**  
Südafrika: Verfassung sticht Kapitalismus
- 22 **Projekte Projektionen**  
Libanon, Sahara, Sri Lanka
- Außenpolitik in einer Welt im Dauernotstand**
- 24 **Nichts geht mehr. Geht nichts mehr?**  
Afghanistan: Vor dem Abzug der internationalen Truppen
- 30 **Die Geschichte von Adnan und Amira Saber**  
Asyl, „freiwillige“ Rückkehr und das Projekt Rückkehr-Watch
- 32 **Adieu Idriss! Bonjour Idriss!**  
Tschad: Die Fortdauer von Politik als Krieg
- 34 **Frankreich zieht ab**  
Europäische Militäreinsätze in der Sahelzone
- 36 **In Duvaliers Fußstapfen**  
Haiti: Dubioser Präsident mit internationalem Segen
- 38 **Zurück auf der politischen Agenda**  
Eskalation und neue Bewegung im Israel-Palästina-Konflikt
- 42 **Diversität der Überlebenstechniken**  
Zum ersten Mal in Gaza
- 46 **Götterdämmerung**  
Auftakt der Reihe „30 Pesos – Chilenisches Tagebuch“
- 52 **Zunehmend totalitär**  
Verhaftungswelle in Nicaragua
- 54 **medico aktiv**  
Fluchtursachen, Utopischer Raum, Impfsoli
- 56 **Bestellen & Verbreiten**
- 58 **Spenden & Stiften**

Wiedergewonnene Freiräume und Freiheiten müssen wir nutzen, uns wieder in die Politik einzumischen.

# Liebe Leser und Leserinnen,

bei 30 Grad sitzt die Redaktion des rundschreibens erstmals wieder zusammen im medico-Büro. Darin stecken zwei gute Nachrichten. Die eine: Die stiftung medico international hat ein Haus gebaut, das selbst in Hitzephasen angenehm kühl bleibt. Dafür sorgt keine konventionelle und energiefressende Klimaanlage, dafür sorgen je nach Bedarf kühlende oder wärmende Wasserrohre. Nicht immer gibt es für die Klimakatastrophe technische Lösungen, diese aber überzeugt in ihrer Einfachheit. Die zweite gute Nachricht lautet: Räume der persönlichen Begegnung, die eine andere Art von Austausch und Kreativität ermöglichen als die zweidimensionale Digitalität, sind wieder möglich. Sie sind unersetzlich und können auch auf Redaktionskonferenzen unberechenbare Energien freisetzen. Das aber bedeutet, dass wir wiedergewonnene Freiräume und die Freiheit, sich wieder in die Politik einmischen zu können, auch nutzen müssen. Unsere Verantwortung als privilegiertes Land und privilegierter Kontinent ist groß. Das hat gerade erst Joseph Stiglitz, der Nobelpreisträger und Weltökonom, scharf ausgesprochen: Wegen der Weigerung, den Patentschutz aufzugeben, nehme Deutschland die ganze Welt als Geisel!

medico kann für sich in Anspruch nehmen, seit Ausbruch der Pandemie die Aufhebung des Patentschutzes in Aufrufen, Texten, Videokonferenzen und Demonstrationen immer wieder gefordert zu haben. Als Kampagne zur Setzung und Veränderung eines Diskurses war das erfolgreich. Unsere Leitartiklerin Anne Jung ist in ihrer Laufbahn bei medico wohl noch nie so oft von Medien interviewt oder um Texte gebeten worden. Solange

der Patentschutz aber nicht wirklich fällt, das beschreibt sie in ihrem Beitrag, bleibt dieser Erfolg bitter und beschränkt. Es geht schließlich nicht um medico-PR. Wie paradigmatisch sich an dieser Frage das ganze Themenfeld einer demokratischen Weltordnung entzündet, machen die Texte zur Weltgesundheit, zur Lage in Indien und der in Südafrika deutlich. Wenn Remco van de Pas zu dem Schluss kommt, dass ein letztlich koloniales Medizinverständnis in der Covid-Bewältigung die Oberhand gewonnen hat, dann brauchen wir die Freiräume für mehr als nur für Kino, Theater und Kneipe.



Katja Maurer ist  
Chefredakteurin des  
medico-rundschrei-  
bens.

Ende September stehen Bundestagswahlen an. Es kündigt sich eine verhaltene politische Wende an, die möglicherweise weniger neoliberal und eine Spur ökologischer ausfällt. Aus Sicht von medico und in globaler Perspektive ist in vielerlei Hinsicht Skepsis angebracht. Wir nehmen in diesem Heft den Abzug aus Afghanistan zum Anlass, die Fragen der Außenpolitik nicht entlang deutscher Interessen zu buchstabieren, sondern aus Sicht unserer Kolleg:innen vor Ort. No-go-Zonen wie Afghanistan, die nur noch durch ein „Fernmanagement verwaltet werden“ (Achille Mbembe auf der medico-(Re-)Konstruktionskonferenz) und in denen es für die Menschen kein Recht auf Recht gibt, zeichnen sich auch in der Sahelzone und in Haiti ab. Aber vielleicht lässt sich von Chile lernen? Das eindeutige Votum dort gegen die etablierte Politik, für die Abschaffung des Neoliberalismus und die (Wieder-)Herstellung einer öffentlichen sozialen Infrastruktur ist ein Ereignis, das niemand erwartet hatte. In Chile nahm der Neoliberalismus als Praxis seinen Anfang. Beginnt dort auch sein Ende? In ihrem „Chilenischen Tagebuch“ sendet die Soziologin Pierina Ferretti ein Zeichen der Hoffnung.

An diesem Heft haben Autor:innen aus der ganzen Welt mitgearbeitet. Das ist ein Ergebnis der großen medico-Konferenz im Februar. An dieser hatte Pierina Ferretti ebenso teilgenommen wie Mark Heywood und Moussa Tchangari. Der palästinensische Sozialwissenschaftler Hasan Ayoub, der darüber schreibt, warum die palästinensische Frage wieder zurück auf der internationalen politischen Agenda ist, ist neu in diesem Kreis. Was sich daraus entwickeln wird, ist offen. Wir hoffen nicht nur auf eine transnationale Vernetzung, sondern auch auf die Entwicklung einer gemeinsamen Sprache in einem gemeinsamen öffentlichen Raum für eine Zukunft, in der alle ein würdevolles Leben führen können.

Wir danken Ihnen für die Unterstützung in diesem aufregenden Prozess.

Herzlichst Ihre

# Solidari- tätsinzi- denzwert: Null



## Auch in der Pandemie geht es darum, was Vorrang hat: Recht auf Profit oder Menschenrechte?

Von Anne Jung

Die wichtigste Debatte der globalen Gesundheitspolitik in Zeiten der Pandemie – die Patentfreigabe – wird, anders als man denken könnte, nicht bei der Weltgesundheitsorganisation (WHO), sondern bei der Welthandelsorganisation (WTO) geführt. Das zeigt: Auch angesichts von 180 Millionen Infizierten und vier Millionen Toten wird das Gesundheitswissen weiterhin als Handelsware betrachtet und nicht als globale Allmende. Hätte die Politik der Industrienationen auf den globalen Süden, die Weltgesundheitsorganisation und die Zivilgesellschaft gehört, würden die Medien über Möglichkeiten einer weltweiten Impfstoff-Produktion berichten und nicht über die Börsenkurse von Pharmaunternehmen. Die finanzstarken Industrieländer hätten die Kapitalinteressen zugunsten der globalen Gesundheit in den Lockdown schicken können. Doch das wollen sie nach wie vor nicht.

Warum gerade Deutschland und die EU jede Möglichkeit der zeitweiligen Aufhebung der Patente hartnäckig verweigern, auch gegen die USA und andere, ist geradezu unheimlich. Deutschland, das immer um seinen guten Ruf in der Welt bangt, wird nun unter anderem von Nobelpreisträger Joseph Stiglitz beschuldigt, die ganze Welt als Geisel zu nehmen. Die Angst ist zu groß, dass mit der Aussetzung der Patente ein Präzedenzfall geschaffen wird: Womöglich würde sich ja zeigen, dass die Versorgung der Welt mit den Impfstoffen schneller ginge und

günstiger wäre und dass das öffentliche Gut Krisen besser bewältigt?

Um den globalen Bedarf zu decken, müssen die Produktionskapazitäten ohne Zweifel ausgeweitet werden. Lediglich 0,3 Prozent der Impfdosen gehen aktuell an die 30 ärmsten Länder des globalen Südens. Bei ihnen wird es noch bis zu zwei Jahre dauern, bis sie auf eine Herdenimmunität hoffen können. Hunderttausende werden an Covid-19 sterben, auch weil es in vielen Ländern nur unzureichende öffentliche Gesundheitssysteme gibt. Gleichzeitig werden Schutzmaßnahmen wie Lockdowns lebensgefährlich bleiben, weil Menschen ohne jede soziale Absicherung unmittelbar ihr Einkommen verlieren. Armut und Hunger werden zunehmen.

Süd-Ansätze wurden torpediert

An Alternativen mangelt es indes nicht. Kurz nach dem Ausbruch der Pandemie machte Costa Rica den großartigen Vorschlag, die Weltgesundheitsorganisation (WHO) solle das Wissen und die notwendigen Technologien zu Covid-19 bündeln. Damit könnten Produkte schneller entwickelt, zugelassen und überall zur Verfügung gestellt werden. Der Versuch scheiterte, weil die reichen Länder die Pharmafirmen nicht dazu verpflichteten und die WHO schlicht ignorierten. Nach dem Scheitern des Techno-

logietransfers folgte Süd-Initiative Nummer zwei: Schon im Herbst 2020 beantragten die Regierungen von Indien und Südafrika bei der WTO eine weitreichende Ausnahmeregelung im TRIPS-Abkommen, in dem Patentfragen und andere handelsbezogenen Aspekte des geistigen Eigentums geregelt sind. Gebraucht werde ein Waiver: eine global vereinbarte und in der WTO verankerte Verzichtserklärung von Rechten des geistigen Eigentums auf Covid-19 Medizinprodukte; nicht für immer, sondern nur bis die Weltbevölkerung eine Immunität gegen das Virus entwickelt hat. Das würde eine bedarfsorientierte Produktion durch mehr Hersteller ermöglichen. Und es würde zu bezahlbaren Preisen und Schutz vor Klagen durch die Industrie führen. Doch auch hier: Vielen Ländern, die in globaler Verantwortung handeln könnten – allen voran Deutschland –, fehlte der politische Wille, über ihre eng definierten nationalen (Wirtschafts-)Interessen hinauszugehen; und diejenigen, die die Chance für globale Solidarität ergreifen wollen, fehlen die Mittel und die Macht.

### Lehren aus der HIV-AIDS-Krise

Nicht nur die Torpedierung des Waivers, auch das TRIPS-Abkommen selbst symbolisiert die Dominanz einer Ordnung, die gerade bis zur letzten Impfdosis verteidigt wird. Schon beim Zustandekommen des Abkommens 1994 war absehbar, dass die Ausgeschlossenen der Welt dadurch bei der Gesundheitsversorgung auf der Strecke bleiben würden. Doch die Industrienationen haben es mit dem Pharmariesen Pfizer und Großkonzernen wie Microsoft gegen alle Widerstände des globalen Südens durchgesetzt. (Das hat sich gelohnt: Für das laufende Jahr rechnet Pfizer übrigens mit einem Gewinn von 20 Milliarden Euro durch Corona-Impfstoffe.)

Das hatte schon einmal tödliche Folgen: bei der globalen HIV-AIDS-Krise. Als Südafrika, wo

damals jede:r Fünfte HIV-positiv war und AIDS das Überleben einer ganzen Generation bedrohte, den preiswerten Nachbau von Medikamenten gestattete, reichten 39 (!) multinationale Arzneimittelhersteller sowie die USA Klage ein. Diese lähmte die Produktion über Jahre, Behandlungsprogramme starteten verspätet, Hunderttausende starben. Schon damals ging es um globale Ordnungspolitik für die kapitalistische Globalisierung mit dem Ziel, die öffentliche Gesundheitsversorgung durch einen Mix aus Privatisierung und freiwilligen Spenden zu ersetzen. Erst nach weltweitem zivilgesellschaftlichem Druck wurde die Klage zurückgenommen und der Patentpool für HIV-Medikamente bei der WHO errichtet. Die Medikamente kosten seither nur noch einen Bruchteil und eine flächendeckende Versorgung wurde ermöglicht.

Mit dem Waiver könnten solche jahrelangen juristischen Auseinandersetzungen verhindert werden, weil die Ausnahme global gelten würde und nicht von jedem Land einzeln durchgesetzt werden müsste. Dass diese im TRIPS-Abkommen vorgesehene Möglichkeit heute als überzogene und radikale Forderung diskreditiert wird, zeigt, wie weit sich die Debatte davon entfernt hat, Alternativen denken zu können oder zu wollen. Zumal: So richtig und wichtig diese Ausnahmeregelung aktuell wäre – ausreichend wäre sie bei weitem nicht. Hieran ändern auch die versprochenen Impfstoff-Dosen nichts, die die G7-Staaten den Ländern des globalen Südens jetzt in Aussicht gestellt haben. Es ist erschütternd zu sehen, wie sich der Generaldirektor der WHO, der immer wieder strukturelle Lösungen und eine faire Verteilung angemahnt hat, für jede in Aussicht gestellte Impfdosis bedanken muss. Die „milden Gaben“ der G7 sind wie ein vergifteter Cocktail aus Entrechtung und Abhängigkeit.

Die Welt hätte die Kraft, die Pandemie einzu-



dämmen. Fast 70 Mitglieder der WTO unterstützen inzwischen den Waiver. Das Zentrum der Koalition der Unwilligen bilden Deutschland und die Europäische Kommission. Der wachsende zivilgesellschaftliche Protest erhöht den Druck auf diese Regierungen. Um ihre Blockadehaltung zu legitimieren, behaupten viele Politiker:innen und Pharmafirmen, dass es im globalen Süden keine geeigneten Produktionsstätten gibt. Das ist nicht nur falsch, es ist

Die „Impfspenden“ der G7 an den globalen Süden sind wie ein vergifteter Cocktail aus Entrechtung und Abhängigkeit.

auch rassistisch. Länder wie Südafrika, Senegal oder Ägypten könnten in Windeseile umrüsten, um mRNA-Impfstoffe herzustellen – flankiert von einem Technologietransfer. Auch Indien, Bangladesch, Pakistan und viele Länder Lateinamerikas könnten die ersehnten Impfstoffe produzieren. Eine andere, im öffentlichen Diskurs leichtfertig wiederholte Mär: Dort produzierte Impfstoffe seien nicht sicher. Dabei wird unterschlagen, dass schon lange mehr als die Hälfte der hierzulande eingesetzten Impfstoffe und Generika aus Indien stammt.

Die Entwicklung mehrerer wirksamer Covid-19-Impfstoffe zeigt, was möglich ist, wenn der politische Wille da ist und (öffentliche) Mittel zur Verfügung gestellt werden. Auch dies ist im globalen Süden registriert worden. Schließlich sterben hier (und nur hier) jedes Jahr Millionen von Menschen an Krankheiten wie Malaria, Tuberkulose oder der Schlafkrankheit, gegen die es zu wenig wirksame Impfstoffe und Medikamente gibt: Offensichtlich könnte und würde es sie geben – würde sich die Prioritätensetzung

bei der hiesigen Forschung und Entwicklung an der Rettung von Menschenleben orientieren und nicht daran, wie gewinnträchtig ein Markt ist. Der aktuelle Moment ist wie geschaffen für eine breitere globale Bewegung, um das Recht auf bestmöglichen Zugang zu Gesundheit allumfassend und universell zu erstreiten – in der Pandemie und darüber hinaus.

Dazu gehört auch die Verrechtlichung der globalen Lieferketten. Ein Blick auf die asiatische Textilproduktion in Zeiten der Pandemie genügt, um nachzuvollziehen, was damit gemeint ist: Nach dem Shutdown in den westlichen Metropolen dauerte es nur einen Wimpernschlag, bis Millionen Menschen, mehrheitlich Frauen, in den asiatischen Megacities ihre prekären Jobs in den Weltmarktfabriken verloren. Denn die großen Textilketten, von H+M bis Mango, setzten die Abnahme und damit die Bezahlung schon gefertigter Ware aus. Wie krankmachend dieses System globaler Ausbeutung ist, zeigt sich auch jetzt, wenn die Geschäfte im globalen Norden wieder öffnen: Von Karatschi bis Dhaka bringt das die Menschen in die Textilfabriken zurück. Allerdings ist die Pandemie dort keineswegs unter Kontrolle und die Arbeiter:innen sind so ungeschützt wie eh und je. Nun sind sie auch noch der Gefahr einer Covid-Infektion ausgesetzt.



Anne Jung ist Gesundheitsreferentin bei medico und Mitinitiatorin der Kampagne #MakeThemSign, die von einem großen Bündnis zivilgesellschaftlicher und politischer Organisationen getragen wird (s. Rückseite).

# Brennende



Foto: REUTERS/Samuel Rajkumar

In einem Vorort von Bangalore trauern Menschen um einen Angehörigen, der an Covid-19 gestorben ist.

# Fragen



Covid-19 und seine Folgen schlägt die Menschen überall in der Welt in den Bann. Während die Europäer sich in Sicherheit bringen [oder auch nur wiegen], bleibt die globale Gesundheitskrise das Thema Nummer 1. „Zurück auf Los“ sollte es aber trotz der Impfungen nicht geben. Unsere Gesprächspartner und Autoren der nächsten Seiten werfen Fragen weit über die Impfgerechtigkeit hinaus auf. Es geht um nicht weniger als die Neugründung der globalen Gesellschaft.

# Kolonialer Begriff von Gesundheit

Die Covid-19-Pandemie hat einen bedenklichen Sicherheitsdiskurs gestärkt. Interview mit Remco van de Pas



Dr. Remco van de Pas, Forscher an der Health Policy Unit des Instituts für Tropenmedizin in Antwerpen und langjähriger Global Health Aktivist bei Medicus Mundi International und dem von medico unterstützten Geneva Global Health Hub.

**medico international: In Europa scheint das Ende der Covid-19-Pandemie absehbar. Auf globaler Ebene stecken wir immer noch mittendrin. Was ist aus den Hoffnungen geworden, die Pandemie könne uns dem globalen Recht auf bestmöglichen Zugang zu Gesundheit näherbringen?**

Remco van de Pas: Ich erinnere mich, dass ich 2011 gemeinsam mit Thomas Gebauer und Andreas Wulf auf einer Konferenz im indischen Neu Delhi war. Schon damals wollten wir eine Koalition zur Demokratisierung der globalen Gesundheit gründen, um eine Konvention zur Durchsetzung des Rechts auf Gesundheit aus-

zuarbeiten. Es ist aus vielen Gründen nicht dazu gekommen. Ich beschäftige mich gerade wieder mit der „universellen Gesundheitsversorgung“, eine immer wieder proklamierte Idee und inzwischen auch Nachhaltigkeitsziel der UNO. [Das Konzept des Universal Health Coverage stellt die Zugänglichkeit von Gesundheitsdiensten in den Mittelpunkt, nicht das Gesundheitsrecht und nicht die weiteren Grundbedingungen der Gesundheit, d. Red.] Selbst bei dieser abgespeckten Variante des Rechts auf Gesundheit sind wir von der Realisierung heute weiter entfernt als 2011. Im Laufe der Jahre ist gerade in den Ländern mit niedrigem und mittlerem Einkommen die Praxis von Public-Private-Partnerships derart gestärkt geworden, dass die öffentliche Gesundheitsinfrastruktur an vielen Orten fast verschwunden ist. Weltweite Austeritätsmaßnahmen haben die öffentlichen Mittel für soziale Dienste schrumpfen lassen. Jetzt stellen alle über- rascht fest, dass man viel mehr davon bräuchte, um die Krise zu bewältigen. Man muss sogar enorme öffentliche Summen in die Forschung und Entwicklung stecken, um Impfstoffe und Medikamente zu produzieren. Das alles geschieht aber nicht im Kontext des Rechts auf Gesundheit, sondern wird als Frage von Gesundheitssicherheit verhandelt. Vor einem Jahr hatte ich noch Hoffnungen, dass die Pandemie ein Momentum für eine demokratische Weltgesundheit darstellen könnte. Jetzt



aber ist nur noch die Rede von Sicherheit und Risikominimierung. Um wessen Sicherheit geht es dabei? Hauptsächlich doch um die Sicherheit der Ober- und Mittelschichten in den Ländern mit höherem Einkommen, nicht die aller anderen.

### **Was steht historisch hinter dem Begriff Gesundheitssicherheit?**

Das Konzept ist nicht neu. Es handelt sich dabei um gesundheitspolitische Maßnahmen zur Kontrolle von Infektionsgeschehen und zur Abwehr von Epidemien. Das ist ein sehr altes Konzept, das bis zu Quarantäne- und Sanitätsmaßnahmen aus dem Mittelalter und auf Hygienemaßnahmen des 19. Jahrhunderts zurückgeht. Seit den Angriffen vom 11. September 2001 und dem darauf folgenden „Krieg gegen den Terror“ ist die Gesundheitssicherheit noch enger mit anderen Sicherheitskonzepten ver-

Die Impfprogramme zielen vor allem darauf, dass die Mittelschichten aus den Ländern mit mittlerem und hohem Einkommen wieder sicher sind.

schmolzen. Jetzt geht es darum, unsere (westlichen) Gesellschaften vor Klima-Risiken, dem Terror oder den Epidemien zu schützen. „Gesundheitssicherheit“ tauchte in der internationalen Fachdebatte erstmals 2007 im Titel eines „Weltgesundheitsberichtes“ der WHO auf. Dieser Begriff ist eng gefasst. Er bezieht sich allein auf gefährliche bekannte oder neue Infektionserreger, die ein epidemisches Potenzial haben. Damit unterscheidet er sich stark von dem Begriff der „menschlichen Sicherheit“, der auch soziale Sicherheiten umfasst. Schaut man sich die zugrunde liegende Philosophie der Gesundheitssicherheit an, stellt

man fest: Das ist Biopolitik, wie sie Foucault beschrieben hat. Wir isolieren die Infizierten von der „gesunden“ Bevölkerung und unterminieren die Rechte der Isolierenden. Deshalb empfinde ich die Beschränkung der Covid-Debatten auf das Impfen und Zugang zu Impfstoff als problematisch. Über die Langzeitfolgen der neuen Impfstoffe gibt es noch keinerlei Informationen und kein Nachdenken, auch weil wir nur einen sehr kurzfristigen Sicherheitsbegriff haben. Außerdem werden aktuell sämtliche Ressourcen in die Forschung und Entwicklung von Impfstoffen gegen Covid gesteckt, während alle anderen Infektionen, die ärmere Bevölkerungen in der Welt treffen, kaum noch beforscht werden. Die Impfprogramme zielen vor allem darauf, dass die Mittelschichten aus den Ländern mit mittlerem und hohem Einkommen wieder sicher sind und an der globalen Gesellschaft partizipieren können. Die „Versicherheitlichung der Gesundheit“ ist also Teil eines neoliberalen Ansatzes zur Bewältigung der Pandemie.

### **Das war jetzt das halb leere Glas. Gibt es auch ein halb volles?**

Ich versuche es. Das beschriebene Herangehen der westlichen Welt, die vor allen Dingen die eigene Sicherheit im polizeilich-militärischen wie im gesundheitlichen Sinne im Blick hat, verliert für den Rest der Welt immer deutlicher an Legitimität. Ich unterrichtete an meinem Institut in Antwerpen sehr viele nichteuropäische Studierende. Sie lehnen die westliche hochtechnisierte Biomedizin ab und sehen, dass es Alternativen zu der westlichen Umgangsweise mit Epidemien und Gesundheit insgesamt gibt. Sie organisieren sich auf regionaler Ebene und setzen sich mit der viel weniger auf Hightech-Medizin orientierten „integrierten Basisgesundheitsfürsorge“ auseinander. Diese junge Generation ist zunehmend in der Lage, die ökologische Zerstörung, die Bedrohung der Biodiversität und die daraus fol-

genden Krankheitsrisiken miteinander in Verbindung zu bringen. Sie verstehen, dass das kapitalistische Wachstum eine Sackgasse ist. Es braucht einen Paradigmenwechsel wider das Wachstumsmodell. Für dieses neue Denken gibt es mehr Raum.

### Was muss sich ändern?

Wir müssen über das epidemiologische Geschehen hinausdenken. Dieses permanente Herunterbeten von Fallzahlen muss aufhören, es befördert ein technisches Herangehen, das uns auf Dauer nicht hilft. Wir müssen uns erlauben, ein anderes Bild zu sehen. Dafür gibt es eine größere Offenheit innerhalb wie auch außerhalb Europas. Aber es braucht viel mehr Debatte und eine breite soziale Bewegung, um Gesundheitsrechte im Kontext eines Paradigmenwechsels durchzusetzen.

**Während wir uns in den privilegierten Regionen vorübergehend geschützt fühlen und jetzt mehr als nur unsere eigene Angst in den Blick nehmen können, stehen die Länder des Südens scheinbar vor einer neuen Welle. Wie kann eine andere Herangehensweise aussehen?**

Um das noch einmal klar zu sagen: Impfungen werden auch Teil einer alternativen Strategie sein. Dann müssen die Impfstoffe aber lokal produziert werden. Die Frage nach der menschlichen Sicherheit steht im unmittelbaren Zusammenhang mit der Pandemie. Es geht um gesunde Lebensgrundlagen und eine Umwelt, in der menschliches Leben gedeihen kann. Wenn wir eine solche breite Perspektive nicht einnehmen, sondern es immer nur darum geht, Epidemien effizient zu managen, werden die Probleme wiederkehren. Heute reden wir über Covid-19, vor fünf Jahren ging es um Ebola, es gab ähnliche Diskussionen bei Aids, obwohl es eine ganz andere Form einer Viruserkrankung mit einer anderen Epidemiedynamik ist. Wir müssen als Zivilgesellschaft, in unseren Netzwerken, unter progressiven Akademiker:innen

darüber nachdenken, wie eine gemeinsame Übernahme von Verantwortung und solidarisches Handeln aussehen können, um die Ursachen von Elend und Krankheit anzugehen. Und ich sehe, dass in dem momentanen Diskurs dafür sehr wenig Zeit und Raum ist, vor allem in den Medien.

**Gibt es nicht einen Unterschied zum Umgang mit Ebola? Noch scheint offen zu sein, ob wir einfach zum Status quo ante zurückkehren oder ob die Debatte um die Regionalisierung der Produktionen und damit um eine stärkere Bedeutung regionaler Bündnisse wie der Afrikanischen Union nicht auch zu institutionellen Veränderungen in der WHO führen könnten.**

Das stimmt und doch habe ich meine Zweifel. Die bisherige, vom Westen geprägte globale

Dieses permanente Herunterbeten von Fallzahlen muss aufhören, es befördert ein technisches Herangehen, das uns auf Dauer nicht hilft.

Governance hat mit ihrem selektiven Ansatz und in ihrer Akzeptanz der Ungleichheit nicht nur im Gesundheitsbereich Schaden angerichtet. Ihre globalen Gesundheitsstrategien beruhen auf einem kolonialen medizinischen Ansatz. Insofern sind Menschenrechte und Demokratie schöne Begriffe. Aber sie berücksichtigen diese Wirklichkeit nicht. Wird es besser, wenn es einen regionalisierten afrikanischen oder asiatischen Ansatz gibt? Wir wissen es nicht. Eine von China geführte globale Governance würde auf jeden Fall das autoritäre Moment stärken. Eine afrikanische Regionalisierung hätte wenigstens eine Sensibilität für die Souveränitätsbedürfnisse der Länder. Wenn die Pandemie dazu führt, dass westliche Vor-

stellungen davon, was für Gesundheit und menschliche Entwicklung notwendig ist, infrage gestellt werden, wäre das schon positiv.

**Welche Rolle spielt dabei die WHO? Kann sie eine Plattform für einen demokratischen Multilateralismus werden?**

Die WHO braucht mehr Autonomie zum Handeln. Das wird kommen, und Deutschland setzt sich dafür ein, dass die WHO auf supranationaler Ebene effektiver agieren kann und über die nötigen Mittel verfügt, um auf Probleme der öffentlichen Gesundheit besser reagieren zu können. Dass diese wachsende Kompetenz auch demokratisch kontrolliert wird, daran zweifle ich. Der Westen projiziert seine Sicherheitsbedürfnis auf die WHO. Hinzu kommen die geopolitischen Polarisierungen zwischen Russland, China und den USA, die über den Handel ausgetragen werden. Sie setzen der Handlungs- und Demokratisierungsfähigkeit der Vereinten Nationen enge Grenzen.

**Kürzlich berichteten uns afrikanische Journalisten, wie groß in ihren Ländern die Skepsis gegenüber Impfstoffen ist, weil dort Impfkampagnen eine Geschichte kolonialer Medizin haben. Müssten nicht traditionelle Formulierungen wie „Gesundheit für alle“ und der Ansatz der Basisgesundheit wieder gestärkt werden?**

Die ganzen Debatten um die richtigen pandemischen Maßnahmen von Lockdown über Öffnung bis hin zu den Verschwörungstheorien waren pseudodemokratische Debatten. Interessant ist, was nicht diskutiert wurde: die ökonomische Demokratisierung. Niemand hat den kapitalistischen Konsum und dessen globale Produktionsweise infrage gestellt. Es gibt die Degrowth-Bewegung, aber sie erreicht keine gesellschaftliche Breite. Wenn wir ernsthaft über Prävention reden wollen, dann müssen wir über die Organisation der Agrarindustrie sprechen und darüber, wie Fleisch produziert wird. In Deutschland gab es große Ausbrüche

unter Wanderarbeiter:innen in der Fleischproduktion und in der Agrarindustrie. Es wurde viel darüber diskutiert, aber es gab nur wenig Debatten über die Arbeitsbedingungen, die den Ausbruch überhaupt erst ermöglichten. Der europäische Fokus auf Zahlen, technische Details und Management lenkt von den eigentlichen Ursachen ab. Wir brauchen eine Debatte über globale soziale Gerechtigkeit und Umverteilung, die anständige Lebensbedingungen und eine grundlegende Gesundheitsfürsorge möglich machen. Ich vermute, dass in der Folge der Pandemie eine enorme Finanzkrise auf uns zukommt. Die Schulden in vielen Teilen der Welt werden weiter angewachsen sein, ganz zu schweigen von den Folgen des Klimawandels. Ich bin sehr besorgt darüber, dass wir uns in einem sicherheitstechnischen Ansatz verlieren, bei dem es vor allem um unsere westlichen Risiken geht. Dabei müssen wir uns doch um eine globale Gesellschaft bemühen, in der kommende Generationen ihre Existenz in einer ökologisch stabilen Umwelt aufbauen können.

*Das Interview führten: Katja Maurer und Andreas Wulf. Übersetzung: Raul Rosenfelder*

**Das Feld der globalen Gesundheitspolitik hat bei medico eine lange Tradition. Dazu gehören unter anderem die Unterstützung des People's Health Movements, systematische Lobbyaktivitäten von Basis-Gesundheitsnetzwerken rund um die WHO, die weltweite Vernetzung menschenrechtlich orientierter Gesundheitswissenschaftler:innen u.v.m. Ziel war und ist es, das Recht auf gleichen Zugang zu Gesundheit und die Erlangung eines globalen öffentlichen Gutes möglich zu machen.**

**Spendenstichwort: Globale Gesundheit**

# Kaste, Klasse, Corona-Katastrophe

Dass Covid-19 in Indien so verheerend gewütet hat, liegt auch an einer extrem hierarchischen Gesellschaftsstruktur

Von Satya Sagar

Covid-19-Patient:innen, die auf der Straße sterben und nach Luft ringen; Menschen auf der verzweifelten Suche nach Krankenhausbetten und medizinischer Hilfe; Tote, denen ein würdiges Begräbnis verweigert wird und die kurzerhand in den Flüssen Indiens versenkt werden. Über die Gründe für das abgrundtiefe Versagen der indischen Regierung, das Land nicht besser für eine Covid-19-Welle gewappnet zu haben, ist viel geschrieben worden. Angeführt werden meist Hochmut, Inkompetenz, Intoleranz gegenüber gegenteiligen Ansichten sowie die Neigung von Premierminister Narendra Modi, sein eigenes Wohl über alles andere im Land zu stellen. In dem Versuch, von der Kritik an der Regierung abzulenken, verweisen ihre Anhänger:innen gerne auf das „System“ – vermutlich ist das wacklige Gesundheitssystem des Landes gemeint – als eigentlichen Kern des Problems.

Ja, all diese Faktoren haben ohne Zweifel dazu beigetragen, dass Covid-19 weitaus größere Verwüstungen angerichtet hat, als es hätte sein müssen. Und doch erfasst keiner die ganze Geschichte: Wie kann es sein, dass ein Land mit der fünftgrößten Volkswirtschaft der Welt und einer der größten Armee, das sich zudem rühmt, Weltraum-, Atom- und Pharmamacht

zu sein, nicht in der Lage ist, so Grundlegendes wie Sauerstoff für seine erstickenden Bürger:innen oder Brennholz für die Einäscherung seiner Toten bereitzustellen? Die Antwort liegt, kurz gesagt, in der auf dem Fundament des britischen Kolonialstaates gebauten Grundstruktur der modernen Republik Indien. Denn diese ist auf das Wohlergehen einer winzigen Minderheit ausgerichtet, während die große Mehrheit sich selbst überlassen bleibt. Es mag keine indische Besonderheit sein, dass die Kontrolle der politischen und administrativen Macht in den Händen einer kleinen Elite liegt. Weitere Faktoren aber lassen die Kluft zwischen Herrschenden und Beherrschten besonders groß werden.

Bewusst dem Tod überlassen

Eine Ursache dafür ist zweifellos das apartheidartige Kastensystem. Innerhalb der indischen Gesellschaft führt es zu einem Mangel an Empathie jeglicher Art. Das geht so weit, dass sehr große Teile der Bevölkerung nicht einmal als Menschen gelten. Vor rund zehn Jahren bezeichnete der bekannte Arzt Dr. Binayak Sen, der wegen seines Menschenrechtsaktivismus von der Regierung des Bundesstaates Chhat-





Von Tür zu Tür: In einem Vorort der indischen Millionenstadt Ahmedabad misst eine Gesundheitsarbeiterin die Temperatur eines Kindes.

tigarh verfolgt wurde, die weitverbreitete Unterernährung in Indien als „Genozid“. Damit deutete er an, dass große Teile der indischen Bevölkerung von den Machthaber:innen bewusst einem frühen Tod ausgeliefert werden. Viele seiner Anhänger:innen dachten damals, dass der gute Doktor womöglich ein wenig übertreibt, indem er mit der Verwendung des „G-Wortes“ eine politische Verantwortlichkeit anmahnt für etwas, was normalerweise der Ineffizienz des indischen Staatsapparats angelastet wird. Als Standarderklärung für den miserablen Gesundheitszustand eines Großteils der indischen Bevölkerung und ihren mangelnden Zugang zu Gesundheitsversorgung wird nämlich allzu gerne auf fehlende nationale Ressourcen in Kombination mit bürokratischer Trägheit und Gleichgültigkeit verwiesen. Dr. Sen zeigte auf, dass über 33 Prozent der erwachsenen Bevölkerung einen Body-Mass-Index von unter 18,5 haben, was auf schwere Unterernährung hinweist. 47 Prozent der indi-

schen Kinder unter fünf Jahren sind, so Dr. Sen, unterernährt; 26 Prozent der Neugeborenen haben ein zu geringes Geburtsgewicht. Dies als Völkermord zu bezeichnen, sei gerechtfertigt, weil sich die Unterernährung nicht gleichmäßig über die gesamte Bevölkerung verteilt, sondern unter den besonders benachteiligten Indigenen und in den untersten Kasten konzentriert. Diese Gruppen machten zusammen 29 Prozent der Bevölkerung, aber mehr als jeden zweiten Fall von Unterernährung aus. Es überrascht auch nicht, dass sie einen Großteil der Krankheitslast tragen, sei es Tuberkulose oder Malaria, sei es eine hohe Kindersterblichkeitsrate infolge von Durchfallerkrankungen oder Lungenentzündungen. In den ärmeren Schichten anderer „niederer Kasten“, die weitere 41 Prozent der indischen Bevölkerung ausmachen, ist Unterernährung nicht viel weniger verbreitet und die Krankheitslast kaum niedriger. Im Welthunger-Index 2020 liegt Indien auf Platz 94 von 107 Ländern.

Ein zweiter systemischer Grund für die katastrophalen Auswirkungen von Covid-19 in Indien ist die ungeheuerliche Konzentration von Reichtum: Die obersten zehn Prozent der Gesellschaft besitzen 77 Prozent des gesamten nationalen Wohlstands – in einem Land, in dem weltweit mit Abstand die meisten Menschen in absoluter Armut leben. Ein Großteil des Reichtums der Elite wird durch Nepotismus und Vererbung in engen Zirkeln gehalten, wobei jede politische Partei, sobald sie an der Macht ist, Politik ausschließlich zum eignen Vorteil betreibt, ohne sich um das Wohl der Mehrheit zu kümmern. So betrogen Indiens öffentliche Ausgaben für Gesundheit 2017 und 2018 gerade einmal 1,28 Prozent des Bruttonationalproduktes. Das ist eine der niedrigsten Raten der Welt und ein beschämender Rekord, an dem sich seit der Unabhängigkeit von der britischen Herrschaft vor sieben Jahrzehnten nichts verändert hat.

Das entsprechend niedrige Niveau der öffentlichen Gesundheitsversorgung in Kombination mit der Tatsache, dass mehr als drei Viertel der Gesundheitsversorgung im privatwirtschaftlichen Sektor geleistet wird, hat fatale Folgen. So verzeichnet Indien mit 62,6 Prozent Out-of-Pocket-Ausgaben weltweit eine der höchsten Anteile, die Menschen für Gesundheitsdienste aus der eigener Tasche zahlen müssen. Für die meisten Inder:innen ist eine anständige Gesundheitsversorgung schlichtweg unerschwinglich. Und privat zu zahlende Gesundheitskosten sind einer der Hauptgründe, warum so viele tief in die Schuldenfalle geraten. In Indien sind Gesundheitsthemen für mehr als 20 Prozent aller Selbstmorde verantwortlich.

Auf den Punkt gebracht: Das Versagen des „Systems“ ist nicht auf eine Art Faulheit oder Ineffizienz seitens derer zurückzuführen, die an den Hebeln der Macht sitzen. Vielmehr ist das indische Sozial- und Wirtschaftssystem

bewusst so angelegt, dass ein Großteil der indischen Bürger:innen unnötig leidet und stirbt. Denn nur durch extreme Grausamkeit kann es sich konsolidieren und aufrechterhalten. Ohne eine Politik, die die Hierarchien des Kastensystems überwindet und den Reichtum drastisch umverteilt, ist die Hoffnung für die meisten Inder:innen auf eine wie auch immer geartete bessere Gesundheitsversorgung wahrscheinlich vergebens. Sie stehen – so die zentrale Lehre aus der Covid-19-Krise – vor der Wahl zwischen dem eigenen Überleben oder dem eines Systems, das in seinem Kern sowohl kolonial als auch rassistisch ist.

*Übersetzung: Christian Sälzer*



Satya Sagar ist ein indischer Journalist, Gesundheitsarbeiter und einer der Betreiber des kritischen Medienportals [Countercurrents.org](https://countercurrents.org). Hier ist am 21.5.2021 in der Rubrik „Covid Response Watch“ auch sein obiger Text auf Englisch erschienen.

**Die Bevölkerung Indiens ist von einer der schlimmsten Corona-Ausbrüche gezeichnet. An vielen Orten des Landes sind die Menschen auf sich allein gestellt – ohne medizinische Versorgung, Medikamente, Impfstoffe und ohne Sauerstoff. Und das inmitten der „Apotheke der Welt“, einem Land, in dem Medikamente und Impfstoffe für den gesamten Globus produziert werden. medico unterstützt indische Basisgesundheitsinitiativen und lokale Communities bei ihren Notfallmaßnahmen und der medizinischen Selbsthilfe.**

**Spendenstichwort: Globale Gesundheit**

# In die Würde der Menschen investieren

In Südafrika ist die Zeit reif, den „Kapitalismus zu überdenken“ – wenn man die Verfassung ernst nimmt

Von Mark Heywood

Es war am Samstag, dem 1. Mai. Just zum Tag der Arbeit schnitt die Regierung sechs Millionen Menschen die Lebensader ab, indem sie die „Covid-19-Sozialhilfe zur Linderung von Not“ aussetzte. Für die Wohlhabenden und diejenigen, die die „Leitung gekappt“ hatten, ging das Leben ganz normal weiter. Nicht so für die Armen. Die Streichung der Unterstützung zwang sie in den Hunger, viele zum Betteln oder Stehlen, um am Leben zu bleiben. Im Kontext der durch Covid-19 verursachten sozialen und wirtschaftlichen Krise ist die Entscheidung der Regierung ein Verrat an dem in der Verfassung verbrieften Recht einer und eines jeden auf „soziale Sicherheit, inklusive einer angemessenen Unterstützung, um sich und Angehörige versorgen zu können“.

Dass die Regierung sechs Millionen Menschen ihr einziges Einkommen just zum Tag der Arbeit strich, dem Tag, der wie kein anderer die internationale Solidarität symbolisiert, setzt dem Ganzen die Krone auf. Präsident Cyril Ramaphosa hielt das gleichwohl nicht davon ab, auf einer Mai-Kundgebung des Consatu – der größte südafrikanische Gewerkschaftsdachverband – Lobeshymnen anzustimmen und den Tag als eben jenen zu bezeichnen, „an dem wir der ewigen Parole der Arbeiterklasse

gedenken sollten: Die Verletzung Einzelner ist eine Verletzung aller.“ Das sollte man den Kindern im Richtersveld sagen, die, so war es zu lesen, an den schulfreien Wochenenden Flussschlamm essen, um die Schmerzen in ihren leeren Bäuchen zu lindern. Wie umgehen mit den kalten Herzen der Regierung? Warum ist ein Aufschrei nur aus der Zivilgesellschaft zu vernehmen, nicht aber aus der Wirtschaft? Was steckt hinter solchen Entscheidungen und sind sie wirklich unangreifbar?

Eine Anhäufung von Entwürdigungen

Letzte Woche versuchten von der Zivilgesellschaft organisierte Proteste, die Regierung dazu zu bringen, die staatlichen Unterstützungen solange zu verlängern, bis ein garantiertes Grundeinkommen eingeführt ist. Die Regierung ignoriert das. Gleichzeitig machte Professorin Thuli Madonsela bei einem Webinar den Kapitalismus für die Krise der wachsenden Armut verantwortlich. Ihre zentrale Aussage: Wenn Ungleichheit derart eskaliert und Südafrika nicht einmal mehr in der Lage ist, seinen verfassungsmäßigen Verpflichtungen nachzukommen, dann sei es an der Zeit, „den Kapitalismus zu überdenken“. Dazu muss man

wissen, dass Madonsela eine der am meisten verehrten Persönlichkeiten Südafrikas ist. Ihre Popularität, die sie sich durch Mut und Integrität erworben hat, verläuft quer durch alle gesellschaftlichen Schichten. Die südafrikanische Wirtschaft und die Regierung sollten gut zuhören, wenn sie die Stimme erhebt. Denn man kann sie nicht als durchgeknallte Spinnerin der Ultralinken abtun. Und es ist offensichtlich, dass der Kapitalismus in Südafrika und vielen anderen Ländern der Welt versagt hat. Mag das Geld im Laufe der Menschheitsgeschichte eine zweifelhafte, aber nichtsdestotrotz auch nützliche Rolle im Austausch und in der Entwicklung gespielt haben: Längst arbeitet es gegen soziale Gerechtigkeit und Entwicklung. Für die Armen häuft es nichts an außer einer Entwürdigung nach der anderen.

Der kapitalistische Markt schließt weit mehr Menschen aus, als er einschließt. Und während die Arbeitslosigkeit wächst und die Besteuerung schrumpft, wird eine Liste immer länger: die der verfassungsmäßigen Rechte, die sich Südafrika aus Geldmangel nicht mehr leisten kann. Wir verschulden uns an unserer Verfassung und die Folgen werden schrecklich

Wir verschulden uns an unserer Verfassung und die Folgen werden schrecklich sein.

sein. Es gibt kein Geld, um unsere kaputte Wasserinfrastruktur zu reparieren; für wichtige Gesundheitsdienste; um die eine Million Kinder, die an ernsthaften Krankheiten leiden, medizinisch zu versorgen; um die Plumpsklos in den Schulen in Limpopo abzuschaffen; für ausreichende Ernährung und soziale Sicherheit. Die Liste ließe sich fortsetzen. Die „Es gibt kein Geld“-Rhetorik führt uns unaufhaltsam

Richtung Staatszerfall und sozialer Konflikte. In Wirklichkeit gibt es jede Menge Geld. Es ist nur nicht in den Händen der Regierung und diese ist nicht bereit, es im öffentlichen Interesse einzufordern. Südafrika leidet unter einem Finanzterror.

### Kein Geld ist kein Argument

Madonsela argumentierte in ihrer Rede ähnlich wie Professorin Vivienne Taylor von der University of Cape Town: Die Behauptung, es gäbe kein Geld, setzt nicht die verfassungsmäßige Verpflichtung außer Kraft, die Grundbedürfnisse der Bevölkerung zu decken. Unsere Verfassung – und nicht das Finanzministerium oder irgendeine Ratingagentur – ist die höchste Instanz. Entsprechend gibt sie auch vor, wie die Regierung mit der Covid-19-Krise umzugehen hat. Sowohl Taylor als auch Madonsela bezeichnen ein garantiertes Grundeinkommen als „rechtlichen, politischen und moralischen Imperativ“.

Das Problem beschränkt sich jedoch nicht darauf, dass angeblich zu wenig Geld vorhanden ist, um grundlegende Bedürfnisse zu decken. Hinzu kommt: Der Kapitalismus verursacht solche massiven Verheerungen, dass Regierungen auf der ganzen Welt immer stärker gezwungen sind, Geld – das sie angeblich nicht einmal haben – für die Rettung des Klimas, des Planeten und die Menschheit auszugeben. In seinem 2020 erschienenen Bestseller-Roman „The Ministry for the Future“ entwirft Kim Stanley Robinson ein Bild unserer nahen Zukunft in etwa 50 Jahren. Er schildert den Zusammenbruch des Klimas und das Versagen der politischen Führung, auch der Banken und der Industrie, ihr Verhalten zu ändern, um die Krise zu entschärfen – bis es zu spät ist. Robinson nennt dies „Todeskapitalismus“ und verweist damit auf die Wagner-Oper „Götterdämme-

„Diese endet damit, dass die alten Götter der vorchristlichen nordischen Mythologie in ihrem Untergang in einem letzten [selbst-]mörderischen Autodafé die Welt zerstören.“ Laut Robinsons Erzähler sind es meist Privilegierte, die vom Syndrom der Götterdämmerung befallen werden. „Sie werden sehr wütend, wenn jemand ihre Privilegien und ihr Gefühl von Vorrechten infrage stellt. Glauben sie, sie hätten nur noch die Wahl, ihren Irrtum einzugestehen oder die Welt zu zerstören, zögern sie nicht, alles in den Abgrund zu reißen. Denn einen Irrtum einsehen und zugeben – das können sie nicht.“

#### Das Ende von Business as usual

In einigen Teilen der Welt scheint es, dass Politiker:innen zu verstehen beginnen, dass „business as usual“ unweigerlich in die Katastrophe führt. Unerwarteterweise könnte dies in den USA der Fall sein. Präsident Joe Bidens Bemühungen, den Kapitalismus in eine andere Richtung zu lenken, mögen Bernie Sanders und Alexandria Ocasio-Cortez nicht weit genug gehen. Aber seine Forderung nach einem weltweiten Mindeststeuersatz für Unternehmen, sein Plan für saubere Energie und grüne Infrastruktur sowie die Hinweise, dass seine Administration zur Überwindung der Covid-Krise sogar eine Ausnahmeregelung für die Regeln der Welthandelsorganisation zum geistigen Eigentum unterstützen könnte – all das deutet auf eine Führungspersönlichkeit hin, die eingesehen hat, dass es mit dem Kapitalismus nicht so weitergehen kann wie bisher. Seine Strategie gegen Populismus und aufkommenden Faschismus besteht darin, wieder in die Würde der Menschen zu investieren.

In Südafrika sind weder bei der Wirtschaft noch bei der Regierung ähnliche Anzeichen von dringlichem Handeln, Humanität oder muti-

gem wirtschaftlichen Denken zu erkennen. Niemand scheint hier einen „Imperativ“ zur Veränderung anzuerkennen. Stattdessen versinken wir in einem Sumpf aus schnöder Rhetorik, Korruption, bloßen Absichtserklärungen und der Einsetzung von Arbeitsgruppen – also allem, was der Aufrechterhaltung des entsetzlichen Status quo dient. Es ist zu traurig, dass die Regierung und die Wirtschaft den Aktivist:innen der Zivilgesellschaft nicht wirklich zuhören. Täten sie es, würden sie vielleicht von der Energie und den Ideen angesteckt, womöglich fänden sie sogar Verbündete. Unserem Land und unserer Verfassung würde das guttun. Und die Kinder im Richtersveld müssten vielleicht keinen Schlamm mehr essen.

Übersetzung: Christian Sälzer

*Der Beitrag erschien am 4. Mai 2021 in der Rubrik „Maverick Citizen“ im Daily Maverick, der meistgelesenen Online-Zeitung Südafrikas.*



Mark Heywood ist ein südafrikanischer Menschenrechtsaktivist mit dem Schwerpunkt auf das Recht auf Gesundheit. Als langjähriger Partner von medico international war er auch Redner auf der großen medico-Konferenz „Die [Re-]Konstruktion der Welt“ im Februar dieses Jahres.

# Projekte Projektionen

## Gegen die Schatten

Libanon: Ringen um Aufarbeitung des Mordes an medico-Partner

Vor über zehn Monaten explodierte der Beiruter Hafen wegen unsachgemäß gelagerter Chemikalien. Vor über vier Monaten wurde unser Partner Lokman Slim mit Kopfschüssen hingerichtet, nachdem er über Ungereimtheiten zur Explosion berichtet und eine Verbindung zur syrischen Kriegswirtschaft gezogen hatte. Die juristische Aufarbeitung zu beiden Fällen stockt, Ermittlungen werden behindert und verschleppt. Lokman Slim und seine Organisation UMAM hatten sich der Aufbereitung der Geschichte des Libanon verschrieben. Nun wird diese Arbeit quasi aus direkter Betroffenheit fortgesetzt, im Libanon selbst und durch den Versuch, eine internationale Untersuchung in Gang zu setzen. medico unterstützt UMAM in dieser schwierigen Zeit durch die Sicherung ihres Archives zum Bürgerkrieg und die Vermittlung von juristischer Beratung. Die Zukunft liegt in der Vergangenheit und ohne ein Ende der Straflosigkeit kann es keinen politischen, gerechten Neuanfang geben.



Foto: Privat

Lokman Slim

Spendenstichwort: Libanon

## Fokus auf Grenzgewalt

Neues Projekt „Border Forensics“ mit medico-Partnern in der Sahara

Menschenrechtsverletzungen anhand von Denspuren, Bildaufnahmen, Videoanalysen, Raummodellen und Simulationen rekonstruieren und nachweisen – das macht die Organisation Forensic Architecture auf bahnbrechende Weise. Zusammen mit medico gelang dies zum Beispiel im Zuge des Prozesses um den Brand der Textilfabrik Ali Enterprises in Karachi. Seit zehn Jahren kümmert sich die Abteilung Forensic Oceanography der interdisziplinären Londoner Forscher:innengruppe speziell um Rechtsbrüche gegen Flüchtende und Migrierende auf den Meeren. Satellitenbilder, Driftmodellierung, Schiffsverfolgung haben „Left to die“-Praktiken nachgewiesen und vor Gericht gebracht. Zudem hat sie zivilgesellschaftliche Rettungsnetzwerke wie Watch The Med und das dazugehörige Alarm Phone, mit denen medico kooperiert, maßgeblich unterstützt. Unter dem Namen Border Forensics geht es jetzt darum, den Ansatz auf das Land zu übertragen. Denn die Illegalisierung von Migration lässt Menschen auch in der Wüste oder den Bergen sterben. Im ersten Schritt sollen vier Regionen näher untersucht werden, darunter die Sahara. Hier ist eine enge Zusammenarbeit zwischen Border Forensics und den migrationspolitischen medico-Partnerorganisationen in der Region geplant. Ziel des Ermittlungsprojektes ist es, vergessene „Landschaften des Todes“ in die öffentliche Aufmerksamkeit zu holen, Rechtsverletzungen nachweisbar zu machen und die Straflosigkeit zu beenden. Fortsetzung folgt.

Spendenstichwort: Flucht und Migration



Aktivist:innen des Alarm Phone Sahara erinnern an die Toten und Verschwundenen.

## Übergesprungen

Die Pandemie hat auch Sri Lanka mit voller Wucht erfasst

Auch der globale Blick blendet dieses ein und jenes aus. So ist im medialen Schatten der Corona-Katastrophe im großen Indien die Welle längst auf das nahe gelegene Sri Lanka übergeschwappt. Anfang April begannen die Infektionszahlen in die Höhe zu schießen. Sowohl die Intermediate Care Center für Fälle mit leichten Verläufen als auch die Intensivstationen der Krankenhäuser sind völlig überlastet, die Pandemie hat die Inselnation im Griff. Daher ist die medico-Partnerorganisation SEED zur Corona-Hilfe übergegangen. Im massiv benachteiligten tamilischen Norden und Nordosten des Landes setzt sie sich schon lange für die Förderung einer Kultur des Respekts zwischen tamilischen, singhalesischen und muslimischen Gemeinden ein. In der akuten Notlage unterstützt sie bedürftige Familien und Erkrankte. Zugleich kümmert sie sich um Aufklärung und Infektionsschutz stark exponierter Gruppen – von Gesundheitspersonal bis zu Friedhofsarbeiter:innen. Und schon jetzt geht es um mehr: um die Forderung nach einem Gesundheitssystem, das – im tief gespaltenen Sri Lanka ist das zu betonen – unabhängig von sozialer Herkunft und Kaste, ethnischer Zugehörigkeit und religiösem Bekenntnis überall und allen zugänglich ist.

Spendenstichwort: Sri Lanka



# Nichts geht Geht nicht

Von einer Welt im Dauernotstand sprach der Philosoph Achille Mbembe auf der medico-Konferenz zur [Re-]Konstruktion der Welt, ihrem Zerfall in immer mehr No-go-Zones, die per „Fernmanagement“ verwaltet werden. Genau das lässt sich gerade beobachten: vom Abzug Frankreichs aus Mali und internationaler Truppen aus Afghanistan bis zur Unterstützung eines dubiosen Präsidenten in Haiti. Wurde Außenpolitik bislang zumindest mit dem Verweis auf menschenrechtliche Normen legitimiert, ist auch das durch reine „Sicherheits“-Interessen oder, schlimmer noch, pures Desinteresse ersetzt.



Ein Bundeswehr-Hubschrauber wird nach dem Rücktransport aus Afghanistan in Leipzig entladen.



t mehr.  
s mehr?



## Die internationalen Truppen ziehen aus Afghanistan ab und die Szenarien für danach sind düster

Von Thomas Rudhof-Seibert

Ausgerechnet am 11. September soll der Rückzug der ausländischen Truppen aus Afghanistan abgeschlossen sein. Damit endet eine zwanzig Jahre sich fortschleppende und immer blutige Intervention so unrühmlich und so verlogen, wie sie begonnen hat. Auf Sieg rüsten allein die Taliban, die sich überall vorankämpfen, mehrere Provinz- und Distrikthauptstädte eingenommen und wichtige Verkehrsverbindungen unterbrochen haben. Gerade legen sie einen Ring um die Hauptstadt Kabul. Nach dem Rückzug der Interventionsarmeen bleiben Präsident Ashraf Ghani nur noch die eigenen Waffen. Die wird seine Regierung dann nicht nur gegen die Taliban, sondern auch gegen andere Kampfverbände zu richten haben. Tatsächlich ist das einzige Resultat der in Wahrheit zur Legitimierung des Rückzugs inszenierten „Friedensverhandlungen“ die Aufrüstung ausnahmslos aller Bürgerkriegsparteien. Die Regierung ist ja selbst nur eine dieser Parteien. Das gilt sogar für die zwischen allen Stühlen gefangene afghanische Demokratie- und Menschenrechtsbewegung. Tatsächlich musste das Kabuler Büro des medico-Partners Afghanistan Human Rights and Democracy Organisation (AHRDO) immer schon von bewaffneten Wachen geschützt werden. Nachdem die AHRDO-Kolleg:innen vor zwei Jahren einen Fluchtweg in ein Nachbargebäude angelegt hatten, auf dem sie zum Schutz vor Verfolgern eine Eisentür hinter sich schließen können, lagern im Büro jetzt auch schwerere Waffen.

Niemand weiß mehr

Allerdings ist der Rückfall des Landes in den Krieg aller gegen alle noch nicht beschlossene Sache. Es ist nicht einmal sicher, ob die Taliban im September wirklich bewaffnet nach der Macht greifen werden. Deshalb wird noch immer fleißig weiterverhandelt. Auf die Gesprächsrunden in Doha folgten offizielle Verhandlungen in Moskau und inoffizielle in Teheran. Dabei sprachen alle Beteiligten immer wieder mit Pakistan, der ersten Schutzmacht der Taliban. Der schleppende Gang der Gespräche zeigt sich aktuell in der Absage der vom 24. April bis 4. Mai geplanten Großkonferenz in Istanbul. Ein neuer Termin ist nicht anberaumt. Die Taliban haben ihre Teilnahme ohnehin erst einmal abgesagt.

Am Prozess beteiligt sind die USA, die EU, Russland, China, Indien, Pakistan und die Türkei sowie, natürlich, die bewaffneten afghanischen Formationen, von der Regierung in Kabul über die Taliban bis zu den diversen Mudschaheddin-Verbänden. Letztere verstehen sich als Vertreter:innen der verschiedenen ethnischen Gruppen, deren Konflikte seit zweihundert Jahren die Tiefengrammatik des postkolonialen Dauerkrieges bilden. Nicht eingeladen sind die Sprecher:innen der Demokratie- und Menschenrechtsbewegung. Nicht dabei sind auch die Überlebenden der Gewalt gleich welchen ethnischen oder religiösen Hintergrunds. Sie wurden bisher nur in Lobbygesprächen am

Rand gehört. Das wird wohl so bleiben. Dennoch lassen die ausländischen Regierungen von der Fiktion nicht ab, dass es sich um einen „Afghan-owned and Afghan-led process“ handle, also um einen Prozess, der von Afghan:innen für Afghan:innen geführt würde. Nichts könnte falscher sein.

### Worum es geht

Richtig ist, dass die zur Verhandlung Geladenen ausschließlich ihren eigenen Interessen, ihren jeweiligen geopolitischen Kalkülen folgen. Den USA geht es um ihre eigentlich schon verlorene Rolle als Führungsmacht des globalen Empire, darin um die Wahrung des Gesichts und natürlich um den globalen „Krieg gegen den Terror“. Die europäischen Länder sind mit den USA „mitgegangen, mitgefangen“, agieren aber auch mit Blick auf Migrationspolitik, d.h. auf Grenzsicherung: Erbärmlicher geht's immer. Pakistan geht es um die Taliban, dem Iran um die schiitischen Minderheiten. Indien und China geht es um ihren jeweils eigenen geopolitischen Führungsanspruch. Den Taliban geht es um ihren letztendlichen Sieg. Der Regierung in Kabul geht es um ihren bloßen Bestand. Darum geht es auch den anderen Warlords. Faktisch mit an Bord, wenn auch zu gar nichts eingeladen, ist der Islamische Staat, der Afghanistan mehr noch als bisher zu einer Basis seiner globalen Operationen machen will.

Politisch geht es um die Form eines künftigen afghanischen Staats: darum, ob dieser weiter ein Zentralstaat unter faktischer Vorherrschaft der Paschtun:innen oder ein wie auch immer föderalisierter Bundesstaat sein soll. Tatsächlich hat der Krieg in dieser Frage seinen postkolonialen Ursprung: ethnisch-religiöse Konflikte größeren Ausmaßes gab und gibt es in diesem Land erst seit dem 18. Jahrhundert, seit der ersten Gründung eines Staats des zu-

vor gar nicht gebräuchlichen Namens „Afghanistan“. Ein Schweizer Modell ist die Option zugleich der Warlords wie der Demokratie- und Menschenrechtsbewegung, zu der deshalb auch viele Hazara gehören, Angehörige der größten unter den kleineren ethnischen Gruppen. Dabei geht es den in Zentralafghanistan lebenden, Farsi sprechenden und religiös der Schia verbundenen Hazara schlicht ums Überleben, drohen ihnen die anderen, weithin Paschtu sprechenden und religiös der Sunna verbundenen ethnischen Gruppen doch schon lange mit dem Genozid. Dabei ist die Rede vom „Völkermord“ wörtlich zu nehmen. Nach allerdings ungenauen Schätzungen hat sich die Zahl der Hazara seit dem 19. Jahrhundert auf weniger als die Hälfte reduziert. In den letzten fünf Jahren sind über 1.000 Angehörige der Minderheit Anschlägen, meist Selbstmordattentate der Taliban oder des IS, zum Opfer gefallen. Unter dem Taliban-Regime wurden bis zu 3.000 Hazara gezielt ermordet, oft durch öffentliches Abschlagen des Kopfes. Gezielt diskriminiert wurden und werden sie auch durch die Regierungen der Präsidenten Karzai und Ghani.

### Gehen oder bleiben

Zur Schwäche der Demokratie- und Menschenrechtsbewegung gehört, dass viele Aktivist:innen das Land bereits verlassen haben. Jeden weiteren Tag gehen mehr. Sie tun es darin vielen anderen Afghan:innen gleich. Allein 2019 haben über 100.000 Menschen das Land verlassen, insgesamt gibt es weltweit 2,7 Millionen Geflüchtete afghanischen Hintergrunds. Von den im Land lebenden 35 Millionen Menschen sind 2,6 Million Binnenvertriebene. Stärkstes Motiv der Migration ist neben der Gewalt die desaströse ökonomische Lage, die objektive Perspektivlosigkeit. Auch wenn Afghanistan an Ressourcen nicht arm ist, lebt das

Land allein und ausschließlich von der Gewalt – die zu ihrer Durchführung und Aufrechterhaltung notwendigen Verwaltungstätigkeiten und die Zuflüsse an humanitärer Hilfe eingeschlossen. Geschätzt 70 Prozent, nach anderen Berechnungen gar 90 Prozent der Afghan:innen leben unterhalb der Armutsgrenze, eine ungeheuerliche Zahl. Und: In der tiefen Krise der globalen kapitalistischen Ökonomie ist gar nicht abzusehen, wie Afghanistan seine Zugehörigkeit zur weltweiten schnell wachsenden Überflussbevölkerung ohne irgend existenzsicherndes Einkommen überwinden sollte. Auch das spricht für die Rückkehr zum Krieg: Er ist selbst eine politische Ökonomie und in Afghanistan unstrittig die aussichtsreichste für alle, die Waffen zu benutzen wissen. Diese Ökonomie stützt sich auf und benutzt die Überlebenden der Gewalt, die auf Dauer, wenn nicht auf immer physisch, psychisch und existenziell Verwundeten und Verletzten. Sie sind die Verdammten dieses Landes.

### Subjektive Perspektiven

Auf den Punkt gebracht: Die Lage Afghanistans ist perspektivlos, wer etwas anderes behauptet, lügt wider besseres Wissen und schamlos. Trotzdem übersetzt sich objektive Perspektivlosigkeit nicht umstandslos in subjektive Perspektivlosigkeit. Deshalb ist an dieser Stelle an den Artikel 13 der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte zu erinnern, der allen Menschen das Recht auf Freizügigkeit gewährt, zu dem auch das Recht gehört, das eigene Land zu verlassen. Zu erinnern ist dabei an den Skandal, dass mit dem Menschenrecht auf Auswanderung formell noch kein Menschenrecht auf Einwanderung korrespondiert – obwohl Letzteres dem Ersteren logisch eingeschrieben ist und erst die Einheit beider ein wirkliches Recht auf Freizügigkeit konstituiert. Mit Worten kaum mehr zu fassen ist deshalb auch

die Ungeheuerlichkeit, dass die Europäische Union und mit ihr deutsche Landes- und Bundesregierungen nach wie vor stets ebenfalls gewalttätig organisierte Abschiebeflüge nach Afghanistan durchführen – den bislang letzten gerade in diesem Juni: Flüge, wenn nicht direkt in den Tod, dann in ein kaum mehr zu fassendes Elend.

Allerdings können und wollen nicht alle gehen. Zu ihnen gehören die Demokratie- und Menschenrechtsaktivist:innen, die in der objektiven Perspektivlosigkeit des Landes an ihrer subjektiven Perspektive festhalten. Sie verlangen, weiter gehört zu werden. Sie verlangen, dass die Überlebenden der Gewalt gehört werden, gleich welchen ethnischen oder religiösen Hintergrunds. Sie verlangen ernsthafte

Zur Schwäche der Demokratie- und Menschenrechtsbewegung gehört, dass viele Aktivist:innen das Land bereits verlassen haben. Jeden weiteren Tag gehen mehr.

Verhandlungen um Demokratisierung und Föderalisierung auf der Grundlage des Menschenrechts. In den zu erwartenden Szenarien für Afghanistan reduziert sich der Streit ums Menschenrecht allerdings auf seine existenzielle Selbstbehauptung. Ob das Bleiben möglich ist, ist fraglich. Deshalb digitalisieren die Aktivist:innen von AHRDO im Moment das umfangreiche Archiv ihrer jahrelangen Arbeit unter allen ethnischen Gruppen des Landes: Dokumente ihres Versuchs, mit den Mitteln des Theaters der Befreiung mit allen ins Gespräch zu kommen und alle zu sammeln, die sich zuerst als Demokrat:innen im Streit ums Men-

schenrecht und um Gerechtigkeit verstehen. So kann es zur Not außer Landes geschafft werden. Schwieriger wird das mit dem Versuch, den Erfahrungen der Opfer inmitten Kabuls einen eigenen Raum zu schaffen: das Museum der „Memory Boxes“. In ihnen präsentieren sie Erinnerungsgegenstände an getötete, oft ermordete Angehörige allen, die diese Erinnerungen und Erfahrungen mit ihnen teilen wollen. Es kann sein, dass auch dieses Museum ins Exil gehen muss.



Thomas Rudhof-Seibert ist Philosoph und Menschenrechtsreferent bei medico. Gemeinsam mit den Partnern von AHRDO und medico-Kollegin Eva Bitterlich organisierte er 2017 eine Untergrunduniversität in Kabul.



Mit der Realität nach der Rückkehr haben die Versprechungen des BMZ oft wenig zu tun.

## Von wegen sicher

Seit 2016: 1.035 Abschiebungen nach Afghanistan

An der allgegenwärtigen Unsicherheit in Afghanistan haben auch zwei Jahrzehnte NATO-Einsatz nichts geändert. Im Zuge des begonnenen Abzugs ausländischer Truppen ist die Zahl der Anschläge durch die Taliban deutlich gestiegen. Ortskräfte, die mit den ausländischen Truppen zusammengearbeitet haben, sind besonders gefährdet – ebenso Rückkehrer:innen, die als „verwestlicht“ bedroht oder angegriffen werden. Obwohl ihre schwierige bis lebensbedrohliche Situation vor Ort seit langem bekannt ist, halten EU und Bundesregierung an Abschiebungen und Rückführungen fest. Seit dem EU-Abschiebeabkommen im Dezember 2016 wurden insgesamt 1.035 abgelehnte Asylbewerber:innen aus Deutschland nach Afghanistan abgeschoben. Die kurzzeitige Corona-bedingte Aussetzung ist wieder aufgehoben und das Abkommen im Januar 2021 erneuert worden. Doch damit nicht genug: Um die Zahl der Ausreisen zu erhöhen, wird vielen Afghan:innen mit Programmen wie „Starthilfe Plus“ oder „Perspektive Heimat“ eine „freiwillige“ Rückkehr nahegelegt. Schließlich trägt jede Rückkehr zu den politisch erwünschten „hohen Zahlen“ bei. Hinzu kommt: Wenn Afghan:innen freiwillig zurückgehen, muss es dort doch sicher sein, jedenfalls sicher genug, um dorthin abschieben zu können. Was mit den Menschen nach ihrer Rückkehr geschieht, wird dabei ausgeblendet.

# Erzwingen freiwillig

## Die Geschichte von Adnan und Amira Saber

Im Herbst 2015 verlassen Adnan und Amira Saber das laut Global Peace Index gefährlichste Land der Welt. Von der Stadt Herat im westlichen Afghanistan aus schaffen sie es mit ihrem Kind Tara sowie Adnans Vater nach Deutschland. Noch im Oktober stellen sie einen Asylantrag in einer kleinen Stadt im Osten Deutschlands. Ihr Wunsch: Anzukommen, einen sicheren Ort für die Zukunft zu finden und nach vorne schauen zu können. Über ein Jahr später, im November 2016, erhält Adnan seinen Asylbescheid. Sein Antrag ist abgelehnt. Die Ausführungen des Antragstellers und die angegebenen Fluchtgründe, heißt es dort, würden angezweifelt. Adnan hat in der Anhörung vorgetragen, dass er in Herat bedroht wurde – Drohanrufe und brennende Benzinkanister im Hof waren eindeutige Signale. Nachdem er sein Anliegen damals in Afghanistan der Staatsanwaltschaft vorgetragen hatte, folgte ein tätlicher Angriff durch den Staatsanwalt selbst und die kurzfristige Verhaftung Adnans. 2016 kann das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge jedoch nicht erkennen, dass dem Antragsteller in Afghanistan Gefahr droht. Wörtlich heißt es in dem Bescheid: „Die Antragsteller sind im Hinblick auf ihre Rückkehr in ihre Heimatstadt Herat keiner individuellen Gefahrenlage ausgesetzt.“

Adnan und Amira könnten Widerspruch gegen den Asylbescheid einlegen, zumal der vergleichbare Antrag von Adnans Vater positiv beschieden worden war. Doch die beiden kennen ihre rechtlichen Möglichkeiten nicht und haben keinen Zugang zu unabhängiger Beratung. Obwohl Amira mittlerweile wieder schwanger ist, eröffnet die Ausländerbehörde dem Paar keine

weiteren Möglichkeiten, außer einer: eine geförderte freiwillige Rückkehr. Aus Angst, andernfalls gewaltsam abgeschoben zu werden, beugt sich die Familie und kehrt 2017 „freiwillig“ zurück.

In Herat kommen sie vorläufig bei Verwandten unter, Arbeit finden sie keine. Und weil sie sich in Gefahr wännen, bleiben sie vorsichtig und verlassen das Haus nur mit Bedacht. Im April 2019 fährt Adnan mit dem Moped zum Markt, um Essen für die Familie zu besorgen. Auf dem Rückweg schlägt ihm jemand gezielt mit einem Holzscheit auf den Hinterkopf. Wenig später stirbt er an den Folgen des Angriffs. Vieles weist darauf hin, dass ihn diejenigen ermordet haben, die auch für die Drohungen vor der Zeit in Deutschland verantwortlich waren. Es handelt sich um eine militarisierte Gruppe, die oft mit den Taliban zusammenarbeitet und ein Dorf südlich von Herat regiert.

Amira erhält nach dem Tod ihres Mannes ebenfalls Drohungen und lebt unsicherer denn je. Es ist nicht auszuschließen, dass man sie zwangsverheiratet, um die Schulden der Familie zu begleichen. Sie fürchtet um ihr Leben und das Leben ihrer Kinder. Nach Adnans Tod hat sie keinerlei finanzielle, rechtliche oder psychosoziale Unterstützung durch das deutsche Programm für Rückkehrer:innen mehr erhalten. Wie es weitergehen soll, weiß sie nicht.

**Weitere Porträts von Rückgekehrten nach Afghanistan, Marokko, Mali, Nigeria, Irak oder Nord-Irak finden sich ab Herbst 2021 bei Rückkehr-Watch.**





**RÜCKKEHR  
WATCH**

Im Herbst 2021 wird Rückkehr-Watch, ein umfangreiches Recherche- und Dokumentationsprojekt von medico, online gehen. Es setzt sich kritisch mit der Förderung von Rückkehr und Reintegration auseinander und versammelt das Wissen von Fachleuten aus Deutschland sowie den Herkunfts- und Rückkehrländern. Und es dokumentiert Geschichten von Menschen, die aus Deutschland nach Afghanistan und in andere Länder zurückgekehrt sind – „freiwillig“, aber ohne eine Wahl gehabt zu haben. Sie erzählen von Ausreisepressur, Alternativlosigkeit, zerstoßenen Hoffnungen, oft auch von dem Vorsatz, es erneut versuchen zu wollen.

[WWW.FREIWILLIGE-RUECKKEHR.DE](http://WWW.FREIWILLIGE-RUECKKEHR.DE)

# Adieu Idriss! Bonjour Idriss!

Über die Reihe von Kriegern an der Macht und die Fortdauer von Politik als Krieg, nicht nur im Tschad

Von Moussa Tchangari

Präsident Idriss Déby Itno starb im Kampf und damit so, wie er es zweifellos gewünscht hätte. Zeit, seinen von der Wahlkommission verkündeten sechsten Wahlsieg zu genießen, blieb ihm nicht. Er war offenbar schon tot, als das Ergebnis bekannt gegeben wurde. Die meisten Tschader:innen, die die Hoffnung auf glaubwürdige Wahlen in ihrem Land längst aufgegeben haben, sind nicht überrascht. Sie wissen, dass ihr Land zu den afrikanischen Ländern gehört, in denen es seit sechzig Jahren fast unmöglich ist, „die Kunst der Politik von der Kunst des Krieges zu trennen“, wie Achille Mbembe es so schön formuliert hat. Politik im Tschad ist Krieg, so hat es Präsident Déby auch immer praktiziert.

Wie seine Vorgänger, vor allem Hisseine Habré und Goukouni Wedeye, war Präsident Déby in erster Linie Warlord und dann auch Politiker. Er kam im Dezember 1990 mit Waffengewalt an die Macht, unterstützt von Frankreich, das beschlossen hatte, die Ära Hisseine Habré zu beenden. Die Machtübernahme von Idriss zu einer Zeit, als der Wind der Demokratie über den afrikanischen Kontinent wehte, hat im Tschad viele Hoffnungen geweckt; aber die Erwartungen der Bevölkerung, die durch den jahrelangen Bürgerkrieg und die unerbittliche Diktatur von Hisseine Habré zermürbt war, wurden sehr schnell ent-

täuscht. Das Land hat zwar seit 1990 eine relative Stabilität erfahren, konnte aber die bewaffneten Rebellionen, die schon unter der Herrschaft von François Ngarta Tombalbaye – dem ersten Präsidenten des Tschad – begonnen haben, nicht hinter sich lassen.

Während seiner langen Regierungszeit über drei Jahrzehnte musste sich Präsident Idriss Déby mehrmals mit bewaffneten Aufstandsbewegungen auseinandersetzen; nicht nur im Norden und Osten des Landes, wo es immer schon „Brutstätten“ solcher Bewegungen gab, sondern auch im Süden und Westen. Seine Rezepte gegenüber Angriffen auf sein Regime waren immer dieselben: zuerst mörderische Militärexpeditionen gegen bewaffnete Rebellengruppen und manchmal auch gegen die Zivilbevölkerung; dann Verhandlungsrunden mit einigen wenigen Rebellenführern, die sich am Ende seinem Regime anschlossen und sogar zu dessen Schlüsselfiguren wurden. Dieses Vorgehen hat ihm eine Langlebigkeit an der Spitze des rebellischen Landes gesichert, wie sie keiner seiner Vorgänger erreicht hat. Dreißig Jahre lang ist Präsident Idriss Déby ein Warlord geblieben, überzeugt davon, dass seine Legitimität sich aus seiner Waffengewalt ergibt. Bis zu seinem letzten Atemzug war er bestrebt, seinen Landsleuten zu zeigen, dass er bereit ist, seine Uni-





Foto: Paul Kagame, flickr, CC BY-NC-ND 2.0

Der im April verstorbene Präsident des Tschad, Idriss Déby. Hier bei einem Treffen der Afrikanischen Union 2018.

form anzuziehen, wann immer seine Macht bedroht ist. Die klare Botschaft an seine Gegner: „Man vertreibt einen Krieger nicht durch ein allgemeines Wahlrecht von der Macht.“

In N'Djamena, der Hauptstadt des Tschad, hat die gesamte politische Klasse diese Botschaft verstanden. So ist es kaum verwunderlich, dass Gegenkandidaten wie Yaya Dillo im Vorfeld der Wahl das Handtuch warfen. Bei einem Angriff auf das Haus des Oppositionsführers hatten Sicherheitskräfte dessen Mutter getötet und fünf weitere Familienmitglieder verletzt. Mehr als tausend Kilometer von N'Djamena entfernt, am Rand des Tibesti-Gebirges, beschlossen daraufhin einige „Hitzköpfe“, dies nicht unbeantwortet zu lassen. Schwer bewaffnet und entschlossen, machten sich die Männer von der Rebellengruppe Front für Veränderung und Eintracht im Tschad (FACT) an Bord Hunderter Toyotas auf den Weg, die Macht zu erobern; wie der Präsident Idriss Déby selbst davon überzeugt, dass man einen Krieger nicht mittels allgemeinen Wahlrechts zu Fall bringt.

Idriss Déby stellte sich ihnen entgegen. Doch diesmal kam er nicht ungeschoren davon. Der Krieger Idriss starb fast so, wie ein anderer Idriss, Mai Idriss Alaoma, der größte Krieger von Kanem-Bornou, einige Jahrhunderte zuvor gestorben war. Die beiden Idriss haben vielleicht nicht nur den gleichen Namen, sondern auch die gleiche Auffassung von ihren Aufgaben als oberste Heerführer. Etwas Grundsätzliches unterscheidet die beiden großen Krieger dieses Kulturkreises aber: Idriss Alaoma, Herrscher von Kanem-Bornou, kämpfte um die Ausdehnung seines Reiches und die Verbreitung des Islam unter den animistischen Völkern des Mandara-Gebirges und des Tschadseebeckens, als er getötet wurde. Idriss Déby hingegen starb als Vasall eines untergehenden Reiches, einem Projekt dienend, das nicht wirklich seins war.

Trotz dieses fundamentalen Unterschieds wird Marschall Idriss Déby im kollektiven Gedächtnis als der einzige Führer unserer Zeit in Erinnerung bleiben, dessen tragisches Schicksal an das des großen Idriss Alaoma erinnert. Er war der einzige oberste Führer der Armee, der es als

seine Pflicht ansah, an der Seite der Männer zu stehen, die er auf die Schlachtfelder schickte – wenn auch nur für einen einzigen Tag. In der gesamten Sahelzone erhoben sich daher Stimmen, die ihn als einen wahrhaft kriegerischen und furchtlosen Führer ehrten. Im Gegensatz zu den anderen Staatsoberhäuptern in der Sahelzone wird er als Vorbild an Opferbereitschaft in Erinnerung bleiben, auch wenn seine Missachtung der Menschenrechte alles andere als vorbildlich war.

Idriss Déby starb als Krieger. Aber sein Tod scheint nicht den Weg in eine glückliche Zukunft für den Tschad zu ebnet. Das tschadische Militär, angeführt von einem seiner Söhne, hat beschlossen, die Verfassung auf Eis zu legen, Rebellenbewegungen bereiten sich Berichten zufolge auf einen Marsch auf N'Djamena vor, während die politische Klasse und die Zivilgesellschaft sich gegen den Militärputsch aussprechen. Die Situation im Tschad macht vielen Regierungen im Sahel Sorgen; auch Frankreich, Schutzmacht des Regimes von Marschall Idriss Déby, bereitet sie Kopfschmerzen. Das Élysée-Kommuniqué, das in der sahelischen Öffentlichkeit stark kritisiert wird, ist eindeutig: Frankreich billigt den Militärputsch und hofft auf einen kurzen Übergang im Tschad. Es hat nicht vorhergesehen, was passiert ist. Aber es wird alles tun, damit ihm dieses strategisch so wichtige Land nicht entgleitet.

*Übersetzung: Ramona Lenz*



Moussa Tchangari ist Journalist und Generalsekretär der medico-Partnerorganisation Vereinigung Alternative Espaces Citoyens, einer der wichtigsten zivilgesellschaftlichen Organisationen in Niger. Im Februar sprach er auf der medico-Konferenz „(Re-)Konstruktion“.

## HILFE IN DER WÜSTE

Eine Notrufnummer für Flüchtende: Diese Idee hat vor ein paar Jahren zur Gründung des Watch The Med Alarm Phone geführt. Seither hat das transnationale Netzwerk Hunderten Menschen, die auf dem Mittelmeer in Seenot geraten sind, das Leben gerettet. Das Alarm Phone Sahara (APS), eine Kooperation von Aktivist:innen in Niger, Mali, Marokko, Algerien und Libyen sowie in Deutschland und Österreich, folgt dem Prinzip. Vor Ort – vor allem in Agadez und in Assamaka an der nigrischen Grenze zu Algerien – arbeitet APS mit einem Netz aus Freiwilligen zusammen, die die Situation entlang der Migrationsrouten dokumentieren. Gezielt fährt APS Orte an, an denen Flüchtende und Migrant:innen vorbeikommen, seien es Wasserstellen oder der berüchtigte Point Zero in der Grenzregion: Hier werden oft abgeschobene Migrant:innen ausgesetzt und sich selbst überlassen. Ein anderer Schwerpunkt des Netzwerkes, das auch von Afrique-Europe-Interact (AEI) unterstützt wird, ist die Hilfe für in Agadez gestrandete Migrant:innen. Diejenigen, die sich zu einer „freiwilligen“ Rückkehr bereit erklären, werden von der Internationalen Organisation für Migration (IOM) bis zur Ausreise in ihre Herkunftsländer betreut. Die Lebensbedingungen im IOM-Camp sind schwierig, aber eine Grundversorgung ist gewährleistet. Anders bei denjenigen, die sich nicht auf eine „freiwillige“ Rückkehr einlassen. Sie bleiben unter schwierigsten Bedingungen in informellen Unterkünften und müssen für Miete, Wasser, Lebensmittel, Transport oder Kleidung selbst aufkommen. APS unterstützt mit Lebensmittelhilfen, insbesondere Frauen sollen so vor erzwungener Prostitution bewahrt werden. medico fördert dies ebenso wie die Rettungs- und Dokumentationsarbeit des Alarm Phone Sahara.

Spendenstichwort: Flucht und Migration

Foto: REUTERS/Benoit Tessier



In der Sahelzone sollen europäische Truppen Terror bekämpfen und zugleich die „illegale“ Migration in Richtung Europa verhindern.

## FRANKREICH ZIEHT AB

Europäische Militäreinsätze in der Sahelzone und die zentrale Rolle des Tschad

Infolge des Versuchs, das Vorrücken dschihadistischer Gruppen im Norden Malis militärisch zu stoppen, dehnte Frankreich seinen Militäreinsatz zur Eindämmung des Terrorismus 2014 auf die gesamte Sahelzone aus. Auch die Bundeswehr ist vor Ort. Sie beteiligt sich nicht an Kampfeinsätzen, unterstützt aber die Stabilisierungsmission der Vereinten Nationen in Mali (MINUSMA) und die Europäische Trainingsmission (EUTM). Neben dem Terror bekämpfen die ausländischen Truppen zugleich die sogenannte illegale Migration nach Europa. Die sicherheitspolitische Bilanz der Einsätze ist dabei in jeder Hinsicht ernüchternd. In Mauretanien, Mali, Burkina Faso, Niger und Tschad kommt es immer wieder zu islamistischen Anschlägen. Angriffe auf Militär und Zivilist:innen nehmen zu, Hunderttausende wurden vertrieben. Der Unmut wächst in Frankreich wie im Sahel. Nachdem Paris infolge des Putschs bereits gemeinsame Militäreinsätze mit Mali ausgesetzt hatte, verkündete Präsident Macron nun, den gesamten Anti-Terror-Einsatz „Barkhane“ nach acht Jahren zu beenden und die Militärbasen in der Sahelzone schließen zu wollen. Die militärische Aufstellung soll neu beraten werden.

Ein verlässlicher Partner im Kampf gegen den islamistischen Terrorismus im Sahel war der tschadische Präsident Idriss Déby Itno. An der Seite französischer Einheiten kämpften seine Truppen im Norden Malis gegen das Vorrücken dschihadistischer Gruppen; in der Eingreiftruppe der G5 Sahelstaaten stellt der Tschad die größte und in der UN-Mission MINUSMA die drittgrößte Einheit. Ungeachtet seiner undemokratischen und Menschenrechte missachtenden Regierungsweise war Déby für die ehemalige Kolonialmacht Frankreich und die EU ein Garant für Stabilität. Daran, dass in dem erdölreichen Land große Teile der Bevölkerung in Armut leben, hat sich in den über dreißig Jahren seiner Regierungszeit jedoch nichts geändert. Stattdessen sind Gewalt und Straflosigkeit verbreitet. Es gibt 133.000 Binnenvertriebene und eine halbe Million Flüchtlinge im Land. Und nach wie vor terrorisieren bewaffnete Gruppen die Bevölkerung.

Im April starb Déby im Kampf der Armee gegen eine Rebellengruppe. Dass als Nachfolger – gebilligt und unterstützt von Frankreich und der EU – sein Sohn Mahamat Idriss Déby an die Spitze von Staat und Militär aufrückte, empört alle, die auf einen Neuanfang gehofft hatten. Und die EU, die vorgibt, Terror bekämpfen und Menschenrechte sicherstellen zu wollen, während sie gleichzeitig Verfassung und Demokratie zugunsten eines dynastischen Machtwechsels im Tschad missachtet, macht sich einmal mehr unglaubwürdig.

Von Ramona Lenz

# In Duvaliers Fußstapfen

## Jovenel Moïse in Haiti regiert mit Gang-Gewalt und internationaler Unterstützung

Von Katja Maurer

Während ich diesen Text schreibe, erhalte ich die Nachricht, dass bewaffnete Gangs auf das Büro unseres langjährigen Partners, des haitianischen Menschenrechtsnetzwerks RNDDH, geschossen haben. Es drangen zudem Bewaffnete in die Büroräume ein, zogen aber wieder ab. Eine Drohbärde, die von einem der Gangchefs, Barbecue gerufen, mit der Erklärung bekräftigt wurde, der Direktor des Menschenrechtsnetzwerkes sei zu weit gegangen. Unsere Partner von der Migrationsorganisation GARP, die sich insbesondere um abgeschobene Haitianer:innen aus der Dominikanischen Republik kümmern, versorgen derzeit Menschen, die unter anderem aus Delmas in der Metropolregion um Port-au-Prince geflüchtet sind, wo sie zu Tausenden von bewaffneten Gruppierungen vertrieben wurden. Diese Vertreibung ereignet sich genau dort, wo medico jahrelang ein kleines Büro hatte.

Ich kenne Delmas so gut wie das Büro der Menschenrechtsorganisation. Viele Male habe ich mit dem Direktor, Pierre Esperance, gesprochen: Ein quirliger, sympathischer Mann, der mit allen demokratisch Gesinnten in Haiti vernetzt ist und sich, ohne ein persönliches Risiko zu scheuen, für die Einhaltung des Rechts einsetzt. Nun hat Pierre wieder eine Todesdrohung erhalten. Er muss sie ernst nehmen, ernster als jede zuvor. Die letzte veranlasste ihn, seine Tochter im Ausland zur Schule zu schicken. Seit Juni dieses Jahres verschärfen sich die Auseinandersetzungen unter bewaffneten

Gruppen, die sonst eigentlich in ihren Vierteln blieben. Nun finden sie in den Zentren der Hauptstadt statt und schüren eine nie dagewesene Verunsicherung. Nicht nur unsere langjährigen Kolleginnen und Kollegen sind in Gefahr.

Die Gang-Gewalt verstärkt den Ruf nach dem starken Mann. Das ist einer der Gründe, warum die Core Group, der u.a. Deutschland, Frankreich und die EU angehören, auf Präsident Moïse setzen. Die Gruppe ist maßgebliche Geldgeberin für das ausgeblutete Haiti. Gerade wenn die Gangs schießen, braucht es eben jemanden, der Ordnung schafft. Es steht zu befürchten, dass die internationale Gemeinschaft nach dieser Logik noch viel mehr bereit ist hinzunehmen. Denn schon vor diesen Ausschreitungen, die sich ereignen, weil sie möglich sind, und die zugleich dem jetzigen Präsidenten in die Hände spielen, war klar, dass Moïse nachweislich in Korruptionsfälle verwickelt ist. Ein Untersuchungsbericht des haitianischen Parlaments belegt das. Daraus sind jedoch nie Gerichtsprozesse geworden, nur ein weiterer Akt in der Geschichte der Straflosigkeit. Eine große Bewegung aus jungen Leuten in Haiti und in der haitianischen Diaspora setzt sich seit Mitte der 2010er-Jahre für die Aufklärung dieser Korruptionsfälle ein und vermochte 2017 und 2018 eine große Protestwelle in Haiti zu organisieren. Das Aufscheinen einer machtvollen Demokratiebewegung wurde durch Gang-Gewalt und Corona jedoch vorerst beendet.

Seit dem 7. Februar dieses Jahres regiert der ohnehin umstrittene Präsident ohne Parlament und per Dekret. Aus Sicht des Obersten Gerichtshofs und vieler Haitianer:innen ist das illegitim. Denn seine offizielle Amtszeit ist nach ihrer Lesart zu Ende. Moïse schasste die entsprechenden Richter und sprach von Putsch. Er blieb im Amt. Die Core Group an seiner Seite. Nun will er mit einem inszenierten Verfassungsreferendum seine Wiederwahl ermöglichen. Außerdem soll es auch offiziell wieder eine Armee und Wehrpflicht geben. Viele Haitianer:innen erinnert dieses Vorgehen an die Diktatur von Vater und Sohn Duvalier, die mit militärischen Mitteln und Gang-Gewalt, verkörpert durch die Todeschwadronen der Tonton Macoute, Haiti mehr als 30 Jahre beherrschten. Schon damals nahmen die USA Duvalier hin, weil er im kalten Krieg auf ihrer Seite stand.

Es gibt in Europa und den USA einen eingeübten Blick auf Haiti. Der Befreiungsprozess der einstigen Sklav:innen, die mit ihrer Revolution und Unabhängigkeit 1804 die Universalität der Menschenrechte überhaupt erst durchsetzten, ist über die Jahrhunderte in einem schleichenden Prozess diskreditiert worden. Angefangen von den Schulden, die Frankreich dem Land seit seiner Gründung für den entgangenen Gewinn aus Sklavenarbeit aufbürdete, über die zahllosen US-Interventionen und bis zu der gescheiterten internationalen Erdbebenhilfe nach 2010, waren und sind die Haitianer:innen gegen die internationalen Akteur:innen weitestgehend ohnmächtig, und doch klebt das Scheitern allein an ihnen. Die Gang-Gewalt entspricht dem Vorurteil eines unregierbaren Haitis, die Rolle der Core Group bleibt hingegen im Dunkeln. Dabei ist die Politik der privilegierten Länder Teil des Problems. Sie setzt auf die formale Durchführung von Wahlen, deren Legitimität grundlegend anzuzweifeln ist. Nach dem Erdbeben 2010 lag die unter Bill Clinton erzwungene Wahl bei einer Wahlbeteiligung von

unter 20 Prozent. Der Wahlsieger Martelly („Haiti is open for Business“) war der Wunschkandidat der USA. Bei der Wahl von Moïse lag sie bei 25 Prozent. Sein Präsidentenamt beruht auf einer Stimmenzahl von 13 Prozent der Wahlberechtigten. Das ist eine Form der Delegitimierung des Politischen durch Wahlen.

Eine Rückgewinnung des Politischen ist für Haiti die einzige Chance. Ein wirklich demokratischer verfassungsgebender Prozess, wie er zum Beispiel gerade in Chile und möglicherweise in Peru stattfindet, könnte ein Anfang sein. Ebenso wie die juristische Verfolgung der Korruptionsfälle im Zusammenhang mit den Erdbebegeldern aus Venezuela und die Aufklärung des La-Saline-Massakers, dem Ausgangspunkt der Gewaltwelle, die Haiti heute überzieht. Wahlen, basierend auf einem Wahlgeregister und einem Wahlgesetz, das den Namen verdient, stünden also am Ende eines Prozesses, der sich den Aufbau funktionierender haitianischer Institutionen der Selbstverwaltung zum Ziel setzt. Hierzu allerdings braucht es die Unterstützung der Internationalen.

**medico unterstützt seit 2010 haitianische Partnerinnen und Partner. Zudem arbeiten wir in einem Netzwerk aus internationalen und haitianischen Organisationen an der Kampagne „Stop Silence Haiti!“ mit, das einen Politikwechsel gegenüber Haiti anstrebt.**

**Spendenstichwort: Haiti**



Gemeinsam mit Andrea Pollmeier hat Katja Maurer das Buch „Haitianische Renaissance – Der lange Kampf um postkoloniale Emanzipation“ verfasst. Es beschäftigt sich mit der Bedeutung der haitianischen Revolution und den gescheiterten Interventionen.



# Zurück auf tischen Ag

A group of people, including a woman in a white headscarf and a man in a pink shirt, are walking along a narrow, rocky path. The path is surrounded by lush green vegetation and a large, textured rock wall on the left. The scene is brightly lit, suggesting a sunny day in a natural, outdoor environment.

Die palästinensische Frage ist wieder in den Fokus gerückt. Eine junge Bewegung gut ausgebildeter Palästinenser:innen meldet sich überall zu Wort, wie unser Autor Hasan Ayoub beschreibt, und setzt einen neuen selbstbewussten Ton. Hierzulande wird hingegen häufig und lautstark eine Politik vertreten, die palästinensische Sichtweise auf die Ursache des Konflikts auszugrenzen und sie gar mit Verbotsdrohungen zu belegen. Die jüngsten Proteste haben deutlich gemacht, dass es kein Ende der Auseinandersetzungen geben wird, ohne die Ursachen des Konflikts ernsthaft zu bearbeiten. Dazu gehört, die palästinensische Sicht zu verstehen und ernst zu nehmen.

# der poli- enda



Foto: REUTERS/Amr Awad

Debatte um Rückkehrrecht: Junge Palästinenser:innen besuchen die Ruinen des ehemaligen palästinensischen Dorfes Lifta, dessen Bewohner es 1948 im Zuge der Nakba verlassen mussten.



## Der israelisch-palästinensische Konflikt eskaliert, weil seine Ursachen kontinuierlich ignoriert werden

Von Hasan Ayoub

Mit der jüngsten Welle der Wut und Auflehnung haben die Palästinenser:innen seit langem zum ersten Mal wieder ihr Widerstandspotenzial gegen eine fortgesetzte und vielfältige israelische Unterdrückung demonstriert. Die jüngsten Ereignisse erinnerten in ihrer Bedeutung an die erste Intifada.

Damit ist deutlich geworden, dass alle Ansätze zur Beendigung des Konflikts, die seine Kernprobleme nicht ansprechen, fehlschlagen werden. In diesen letzten Auseinandersetzungen hat sich die Realität eines einzigen Staates in aller Deutlichkeit gezeigt. Er kontrolliert das gesamte Gebiet und praktiziert ein doppeltes Herrschaftsregime: Innerhalb der Grenzen Israels handelt es sich dabei um einen diskriminierenden Staat und in den besetzten Gebieten um eine Mischung aus militärischer Besatzung und Siedlerkolonialismus.

Die seit 1993 herrschende Idee, der Konflikt könne irgendwann rund um eine Zwei-Staaten-Lösung geregelt werden, ist so infrage gestellt. Die Politik beider Konfliktparteien hat sich zudem in den letzten zwei Jahrzehnten mit internationaler Unterstützung der Aufrechterhaltung des Status quo verschrieben. Die jüngsten Proteste proklamieren nun eine Alternative: nämlich eine Politik des Widerstands. Die palästinensische Frage ist damit zurück auf der Agenda.

Die Konfrontation, die in Jerusalem begann, löste einen kollektiven Akt des Widerstands aus, der die Kernfragen des Konflikts anspricht. Die Proteste richten sich mit einem erneuerten Bewusstsein gegen einen fortgesetzten israelischen Kolonialismus und eine Form von Apartheid, wie sie von mehreren vor Ort tätigen Menschenrechtsorganisationen konstatiert wird.

### Politikversagen

Die internationale Politik hat in diesem Konflikt auf mehreren Gebieten versagt. Sie hat die Wurzeln des Konflikts, die der Zwei-Staaten-Ansatz weder anerkennt noch löst, ausgeblendet: die Enteignung des palästinensischen Volkes, die bereits 1948 begann, und die kontinuierliche Diskriminierung der Palästinenser:innen durch den israelischen Staat. Die Zwangsumsiedlungen in Sheikh Jarrah und anderen Teilen Jerusalems werden von ihnen als Ausdruck einer anhaltenden Nakba (der Vertreibung von 1948) betrachtet. Zudem hat die internationale Politik die Tatsache einfach ignoriert, dass Israel seit 1967 die Besiedlung und Fragmentierung palästinensischen Landes betreibt und dieses enteignet und in Jerusalem eine Politik der schleichenden ethnischen Säuberung durchführt. Jede in Betracht kommende Lösung muss auf internationalem Recht basieren und nicht darauf, was den mächtigsten Beteiligten genehm ist.



Während die zentralen internationalen Akteur:innen, die Palästinensische Autonomiebehörde und Israel es geschafft haben, die für Palästinenser relevanten Fragen zu vermeiden, hat die letzte Konfrontation genau diese wieder in den Vordergrund gerückt. Das Ausmaß der Proteste, die nicht nur das besetzte Ostjerusalem, die Westbank und Gaza erfassen, sondern auch Städte in Israel, hat die Verfechter:innen des Status quo überrascht.

### Eine neue Generation

Das Wesen dieser kleinen Revolte widerspricht ihrer Annahme, dass der Status quo beibehalten werden kann, und zeigt, wie sehr die bestehenden politischen Strukturen dem Untergang geweiht und irrelevant sind. Eine neue palästinensische Generation ergreift nun die Initiative. Junge Leute, die den Umgang mit sozialen Medien und Fremdsprachen beherrschen und weltweit Solidarität und die Medien mobilisierten, riefen am 18. Mai in ganz Israel/Palästina einen Generalstreik aus. Diese Bewegung hat ein hohes politisches Bewusstsein und steht für universelle Werte. Ihr Manifest der „Würde und Hoffnung“ entwickelt ein neues Narrativ, das sich um die genannten Kernfragen des Konflikts dreht und in der Lage ist mit diesem neuen Diskurs und Aktivismus, Palästinenser:innen auf beiden Seiten der „Grünen Linie“ zu mobilisieren. Neue politische Gruppen wie „Generation demokratischer Erneuerung“ wollen die Palästinenser:innen vereinen und dekonstruieren die Sprache und Annahmen des politischen Mainstream-Diskurses einschließlich des Mythos von der Koexistenz im „demokratischen Israel“. Hier deutet sich eine politische Transformation an, die fast dreißig Jahre der „Osloer“ Illusionen überwindet.

Das zweite Versagen der internationalen Akteur:innen besteht in dem fehlenden Willen,

internationales Recht und UN-Resolutionen durchzusetzen. Es gehört zu ihrer Routine, israelische Rechtsbrüche von Gesetzen und Normen, die sonst international gelten, nicht zu ahnden. Gerade in der letzten Konfrontation wurde dies wieder deutlich.

Demgegenüber zeigte sich gleichzeitig eine weltweite Solidarität zur Unterstützung der palästinensischen Anliegen. Und das gerade in den Städten westlicher Länder, deren Regierungen für die andauernde Tragödie der Palästinenser mitverantwortlich sind. Hinzu kommt die Unterstützung durch Black Lives Matter (BLM). Im ersten politischen BLM-Manifest und in den nachfolgenden Debatten nimmt die palästinensische Frage einen wichtigen Raum ein. Es zeigt sich, dass der Kampf gegen Rassismus, Diskriminierung, Ungleichheit und Kolonialismus unteilbar ist.

Auch wenn die palästinensische Frage wieder zurück ist auf der politischen Agenda, ist auch klar, dass Israel ohne Interventionen internationaler Akteure weder das Völkerrecht noch palästinensische Rechte respektieren wird. Rashid Khalidi, ein angesehener US-amerikanisch-palästinensischer Professor für arabische Studien der Moderne an der Columbia-Universität empfahl dem UN-Sicherheitsrat in einem Briefing, Israel unter Androhung von Sanktionen aufzufordern, die Einschränkungen für die Menschen in Gaza aufzuheben und die Erfüllung ihrer Grundbedürfnisse frei von politischen Erwägungen zu gewährleisten. Die kollektive Bestrafung von rund zwei Millionen Menschen müsse beendet werden. Er forderte die Unterstützung der palästinensischen Einheit auf demokratischer Basis, möglicherweise durch UN-mandatierte und -kontrollierte Wahlen. Der Status quo der heiligen Stätten in Jerusalem müsse von allen Beteiligten strikt respektiert werden. „Die einzig mögliche Grundlage für eine gerechte und

dauerhafte Lösung“, so Khalidi als einer der anerkanntesten Nahost-Experten der USA, können nur die „grundlegenden Bausteine der internationalen Ordnung“, „die Unzulässigkeit der gewaltsamen Aneignung von Territorium und [...] die Illegalität der Besiedlung besetzten Territoriums durch Bürger des Besetzers“ sowie „das Recht der Flüchtlinge auf Rückkehr und Entschädigung [...] und die Notwendigkeit einer internationalen Rolle bei der Lösung der Jerusalem-Frage“ festschreiben.

### Die Bedeutung der Asymmetrie

Der Oslo-Prozess hat die Machtasymmetrie zwischen Israel und den Palästinensern und das Gleichheitsprinzip ignoriert. Im Gegensatz zur Rolle, die einige internationale Akteur:innen in anderen Kontexten gespielt haben, wie z.B. die USA beim Erreichen des Friedens in Nordirland, haben sie im palästinensisch-israelischen Konflikt die Asymmetrien noch vertieft. Dies ist das dritte Versagen. „Oslo“ war für Israel eine Nebelwand, um die Palästinenser politisch irrelevant zu machen, ihre Bindungen an ihr Land zu kappen und sie in fragmentierte und getrennte Gruppen von staatenlosen, rechtlosen und unterwürfigen Gruppen in Ban-tustan-ähnlichen Zonen zu verwandeln.

Die jüngsten Proteste haben die tieferen Ursachen des Konflikts und seine Asymmetrie offenbart. In Sheikh Jarrah versuchen israelische Behörden Palästinenser aus ihren Häusern zu vertreiben, weil sie Palästinenser sind. Dies geschieht vor dem Hintergrund der langen Geschichte von Israels ethnic engineering in der gesamten Stadt. In Gaza setzt die Sprache internationaler Akteure Israel und die Palästinenser gleich, während sie die Zahl der Opfer ignorieren und damit den Besatzer mit den Besetzten auf eine Stufe stellen. Besonders das schwere menschliche Leid in Gaza spricht

Bände über die Asymmetrie, die tief in diesen Konflikt eingegraben ist. Der Gleichsetzung in vermeintlich liberalen Formulierungen, in denen „beide Seiten“ beschuldigt werden, liegt die stillschweigende Annahme zugrunde, dass beide Parteien militärisch gleichwertig sind und vor allem die gleichen moralischen Rechtfertigungen genießen.

Diese Gleichsetzung ignoriert das Wesen des israelischen Regimes über die Palästinenser. Es behandelt sie seit Jahrzehnten als das Überbleibsel einer bedeutungslosen Gruppe mit minderwertigem Status, als Sicherheitsbedrohung oder demographisches Problem. Dass die palästinensische Frage zu einem unlösbaren Problem und Israel zu einem Apartheidstaat geworden ist, hat eben auch damit zu tun, dass die Internationalen dieses Überlegenheitsdenken stets ignorierten. „Wenn diese falsche Äquivalenz beibehalten wird“, meinte Khalidi vor dem Sicherheitsrat, „und wenn man zulässt, dass das einseitige Kräfteverhältnis zwischen den beiden Völkern die Ergebnisse diktiert, kann es niemals ein Ende [...] der Unterdrückung geben, und der Sicherheitsrat wird für den Rest des 21. Jahrhunderts weiterhin wirkungslose Resolutionen herausgeben, so wie er es in den letzten Jahrzehnten getan hat.“



Dr. Hasan Ayoub ist Assistenzprofessor für Internationale Beziehungen an der An-Najah Universität Nablus im besetzten Westjordanland und leitet dort die Abteilung für Politische Wissenschaft.

# Diversität der Über- lebenstechniken

Zum ersten Mal in Gaza

Von Chris Whitman

15 Jahre lang war der Gazastreifen für mich ein rein akademisches Abenteuer. Über den Ort und die Gesellschaft dort habe ich unzählige Bücher gelesen und zahlreiche Dokumentarfilme gesehen. Der Zugang aber blieb mir stets verwehrt. Die Einreise nach Gaza ist kein einfaches Unterfangen. Als ich von 2009 bis 2016 in der Region lebte und bei den folgenden jährlichen Reisen nach Palästina kam ich nie weiter als bis zur Grenze. In vielerlei Hinsicht blieb Gaza für mich eine verbotene Zone, die man an klaren Tagen in der Ferne sehen kann. Mit der Zeit aber ist ein Bild entstanden.

Ich hatte noch vor der jüngsten Eskalation als Büroleiter von medico international in Ramallah die Einreise beantragt und eine Genehmigung erhalten. Kaum war ein Waffenstillstand verkündet, war ich so einer der ersten nichtdiplomatischen Ausländer, der nach Gaza fahren durfte.

Grundsätzlich stellte ich es mir ähnlich vor wie die palästinensischen Realitäten in der Westbank, nur hoffnungsloser, ärmer und verzweifelter. Aber bei der Einreise wurde mir schnell klar, dass das, was ich in Büchern gelesen hatte, nur einen kleinen Einblick in die Wirklichkeiten des Gazastreifens und seiner über zwei Millionen Einwohner:innen bot.

Ein in der Welt der NGOs heillos überstrapazier-

tes Wort ist das der Resilienz. Normalerweise soll es erklären, wie Menschen mit wenig bis gar nichts in der Lage sind, mit dem auszukommen, was sie haben und weiterzumachen. In Gaza bekommt das Wort eine ganz neue Dynamik, es fügt sich in den Kontext der palästinensischen Erfahrung ein. Im Westjordanland gibt es Witze wie diese: Errichtet Israel einen

Auf jedem Gesicht in Gaza  
ist ein verinnerlichtes  
Trauma zu lesen.

Kontrollpunkt, nehmen die Palästinenser eine Straße, die um ihn herumführt. Baut die Armee eine Mauer, graben sich die Palästinenser darunter hindurch. An einem Ort wie Gaza, der von der israelischen Armee vollständig von außen kontrolliert wird, ist diese Form der Anpassungsfähigkeit noch notwendiger. Der langjährige Benzinmangel aufgrund der israelischen Blockade führt dazu, dass man überall Karren sieht, die von Tieren und einfachen Motorrädern gezogen werden. Der der Abriegelung geschuldete Mangel an Baumaterialien macht jedes zerstörte Gebäude zu einem Schrottplatz, auf dem Scharen von Männern und Jungen versuchen, so viele Metallstangen, Betonblöcke und Rohre wie möglich zu bergen, um sie

wiederzuverwenden. Angesichts des Strommangels, das einzige Kraftwerk wird immer wieder zerstört und es fehlt an Treibstoff, benutzen die Menschen Generatoren und Akkus, um ihre Häuser und Geschäfte zu versorgen.

In Gaza wird gescherzt, dass es für jedes durch Israel verursachte Problem eine „gazanische Lösung“ gibt. In vielerlei Hinsicht ist das wahr, aber leider nicht in jeder. Seit Wochen verweigert Israel Ausreisegenehmigungen und beschränkt strikt den Zugang für Patient:innen, die auf eine medizinische Versorgung außerhalb des Gazastreifens angewiesen sind. Selbst Krebspatient:innen, die bislang regelmäßig zu Chemotherapien nach Ostjerusalem oder ins Westjordanland fahren, wird die Einreise verweigert. Unsere Partnerorganisationen wie Al-Mezan und Physicians for Human Rights - Israel setzen sich unermüdlich dafür ein, diese restriktive Praxis zu stoppen. Die Erfolge, die Israels Rechtssystem abgetrotzt werden konnten, sind minimal.

Der prägendste Eindruck im Gazastreifen, sei es in Gaza-Stadt im Norden, im Flüchtlingslager von Deir al-Balah im Zentrum oder in Rafah im Süden, ist die enorme Bevölkerungsdichte. Oft wird die Enklave als der dichtest besiedelte Ort der Erde beschrieben. Es wird geschätzt, dass sich die Bevölkerung bis 2050 auf weit über 4,7 Millionen Menschen mehr als verdoppeln wird.

Eine weitere Besonderheit in Gaza ist, dass sich trotz der jüngst elftägigen Bombardierung auf den ersten Blick wieder ein Alltag eingestellt zu haben scheint. Die Menschen, auch Familien, sind gemeinsam auf den Straßen unterwegs. Betrachtet man die Menschen aber genauer, sieht man das, was Einheimische „tote Augen“ nennen: Auf jedem Gesicht in Gaza ist ein verinnerlichtes Trauma zu lesen. Gezeichnet sind vor allem die Eltern, die nicht nur ihre Angst und ihr Trauma verarbeiten

müssen, sondern auch ihre Kinder physisch und emotional beschützen mussten, sei es während des massiven Raketenbeschusses oder der alles durchdringenden Luftangriffe. Jede:r in Gaza hat hiervon eine Geschichte zu erzählen. Vom Zusammenkauern auf engstem Raum, der Angst – Gott bewahre –, das Haus könne getroffen werden und zusammen sterben zu müssen bis hin zu lebhaften Schilderungen davon, dass die Erde während des fortwährenden Bombenhagels unaufhörlich gezittert hat.

Jede:r in Gaza hat eine Geschichte. Vor allem in den letzten 15 Jahren werden Stimmen aus Gaza an den Rand gedrängt und marginalisiert. Aber hinter jeder Trümmerlandschaft in den Nachrichten und jeder Schlagzeile steckt ein:e Gazaer:in mit ihrer und seiner Geschichte. Es ist an der Zeit, auf diese Geschichten zu hören.



Chris Whitman leitet seit Anfang des Jahres das medico-Büro in Ramallah. Der US-Amerikaner aus Boston kennt, wie man seinem Text entnehmen kann, Israel und Palästina wie seine Westentasche.

**Während der letzten Konflikte in Israel/Palästina hat medico Physicians for Human Rights–Israel und die palästinensische Gesundheitsorganisation PMRS, beides langjährige Partner:innen von medico, finanziell bei medizinischen Nothilfemaßnahmen unterstützt. Neben einer Vielzahl von Arbeiten unterstützen wir auch die israelisch-palästinensische Rechtsberatung Adalah, die u.a. israelische Palästinenser:innen, die im Zuge der jüngsten Auseinandersetzungen verhaftet wurden, juristisch unterstützt.**

**Spendenstichwort: Israel/Palästina**



Auch in einem von Mangel, Krieg und Gewalt überschatteten Alltag wie in Gaza gibt es Momente der Normalität.



In den Ruinen des Flüchtlingslagers Al-Shati in Gaza nach einem israelischen Luftangriff am 15. Mai 2021.



Eselskarren, Motorrad oder Auto: Vielseitigkeit aus der Not.

# Götterdämmerung

Der Anfang vom Ende des Ne



Foto: REUTERS/Ivan Alvarado

Von der Straße an die Urnen: Eine breite, nicht einheggbare Bewegung hat erzwungen, dass Chile endlich eine neue Verfassung bekommt und sie hat durchgesetzt, dass das politische Establishment den Prozess nicht mehr dominieren kann.



# erung oliberalismus



Nach dem Ende der Phase linker Regierungen in Lateinamerika, die mit einer extensiven Wirtschaftsweise versuchten, eine Umverteilung zu ärmeren Schichten zu gewährleisten, schien das Reservoir transformatorischer Optionen vorerst ausgeschöpft. Doch der Wind dreht sich ausge-rechnet im neoliberalen Musterland Chile, wo ein allgemeiner Aufstand das System ins Wanken gebracht hat. In der neu gewählten verfassungsgebenden Versammlung ist nicht nur endlich die ganze Gesellschaft angemessenen repräsentiert. Sie verhandelt Normen einer neuen demokratischen Verfasstheit. Gelingt die Wiedergewinnung des Politischen?



# Wie man eine Bevölkerung politisch enteignet, es aber nicht wie gedacht für alle Ewigkeit schafft

Von Pierina Ferretti

Bis Oktober 2019 galt Chile als beispielhafter Nachweis für den Erfolg des Neoliberalismus. Stolz verwiesen die einheimischen Eliten auf eine scheinbar unumstößliche Ordnung, die auf einer effektiven Disziplinierung der Bevölkerung beruhte. Doch eine simple Erhöhung des U-Bahn-Tarifs in der Hauptstadt Santiago um 3 Cent oder 30 Pesos im Herbst 2019 löste einen schwindelerregenden Aufstandsprozess von ungeahnter Breite aus. Das Image des „ordentlichen Chiles“ platzte wie ein Luftballon. Der Aufstand dauert trotz Covid-Ausgangssperren noch immer an, wenn auch auf andere Weise. Seine letzte Etappe: Die Wahlen vom 15. und 16. Mai dieses Jahres. Bei diesen wurden nicht nur Stadträt:innen, Bürgermeister:innen und zum ersten Mal auch Regionalgouverneure gewählt, sondern auch die 155 Abgeordneten der verfassungsgebenden Versammlung. Diese soll ein Grundgesetz ausarbeiten, das die seit der Diktatur von Augusto Pinochet geltende Verfassung ablöst. Die Ergebnisse der Wahlen haben die politischen Kräfteverhältnisse im Land dramatisch verschoben. Eine breite Bewegung aus der Bevölkerung hat der politischen Elite per Stimmabgabe eine schmachliche Niederlage bereitet. Dabei hatte diese bislang systematisch die demokratische Verfasstheit durch ihre neoliberale Vereinnahmung zersetzt und so eigentlich an der Verewigung des Neoliberalismus gearbeitet.

In Chile funktionierte der Neoliberalismus bis dato als ein System der Akkumulation, das ganze Landstriche enteignete und die soziale Reproduktion, Schulen, Krankenhäuser, die gesamte öffentliche Infrastruktur privatisierte. Vor allen Dingen aber verweigerte es der Bevölkerung die Möglichkeit, das kollektive

Im Gegensatz zur Propaganda der Elite herrscht in Chile kein Frieden.

Schicksal demokratisch zu bestimmen. Subalterne Gruppen blieben mit ihren Interessen von den Entscheidungsprozessen konsequent ausgeschlossen. (Lange Jahre besaßen die Militärs zum Beispiel eine Sperrminorität im Senat und konnten so viele Gesetzesänderungen verhindern, d. Red.) Die Auswirkungen sind offensichtlich: Chile ist das einzige Land der Welt, in dem Wasser vollständig privatisiert ist und wie jede andere Ware gehandelt wird. Das reichste Prozent der Bevölkerung verfügt über 26 Prozent des Bruttoinlandprodukts, während die untersten 50 Prozent der Haushalte nur über 2,1 Prozent des Reichtums verfügen. Private Unternehmen erhalten staatliche Subventionen für die Bereitstellung von Gesund-

heidsdiensten, Bildung und Renten und machen so Millionengewinne mit staatlichen Transferleistungen.

Unter diesen, noch von der Diktatur etablierten und von den nachfolgenden zivilen, mehrheitlich Mitte-Links-Regierungen noch vertieften undemokratischen Verhältnissen hatte Politik für die große Mehrheit der chilenischen Bevölkerung jeglichen Sinn verloren – sofern man darunter die Möglichkeit versteht, Rechte auszuweiten, Interessen zu vertreten und Lebensbedingungen zu verbessern. Die Abschaffung des Politischen lässt sich in Zahlen ablesen: Bei den Präsidentschaftswahlen von 1989, die die Rückkehr zur Demokratie einleiteten, lag die Wahlbeteiligung bei 87 Prozent. Bei den Wahlen vom 15. und 16. Mai gingen nur 43 Prozent der Wahlberechtigten zu den Urnen. Vierzig Jahre neoliberale Vereinnahmung der Politik haben hier ihren Preis.

### Aufstand eröffnet neuen Horizont

Im Gegensatz zur Propaganda der Elite herrscht in Chile kein Frieden. Dem in seiner Massivität und Explosivität überraschenden Oktoberaufstand von 2019 gingen eine Reihe sozialer Mobilisierungen voraus. Ihre Anzahl und Intensität hat in den letzten Jahren stetig zugenommen. Der anhaltende Widerstand der Mapuche gegen die Usurpation ihrer Territorien durch eine Allianz aus Staat und Privatindustrie, die Schüler:innen- und Studierendenproteste von 2001, 2006 und 2011 mit der Forderung nach kostenloser öffentlicher Bildung, die Bewegung für ein solidarisches Rentensystem, die Kämpfe gegen den Extraktivismus und für die Wiedergewinnung des Wassers als öffentliches Gut, die Streiks der prekär Beschäftigten im Staat und in der Privatwirtschaft und die Entwicklung einer feministischen Bewegung von noch nie dagewesenem Ausmaß – all das

brachte eine gärende soziale Unruhe zum Ausdruck. Es kündete von der wachsenden Bereitschaft zu einer kollektiven Rebellion.

Was im Oktober 2019 geschah, ist Teil dieser Protestzyklen, stellt aber gleichzeitig einen Wendepunkt dar. Diesmal mobilisierte nicht eine bestimmte soziale Gruppe, diesmal ging die große Mehrheit spontan auf die Straße. Während frühere Bewegungen, selbst die stärksten, nie einen allgemeinen Charakter hatten, ist der Oktober 2019 genau das: ein allgemeiner Aufstand. Außerdem fanden die Proteste ohne die Vermittlung der sozialen und politischen Organisationen statt, die traditionell die Interessen der subalternen Klassen vertreten hatten. In den Straßen wehten weder die Fahnen der Gewerkschaften und der Kommunistischen Partei noch die der Frente Amplio. Stattdessen wehten die Fahnen des Mapuche-Volkes und die der wichtigsten Fußballmannschaften. Bei den Massenkundgebungen gab es keine kompakten Blöcke, die geordnet zu einem bestimmten Punkt marschierten, es gab keine Bühnen, keine Redner, keine Anführer. Vierzig Jahre Neoliberalismus haben eben auch zur Schwächung historischer Arbeiterorganisationen geführt. Sie haben die soziale Zusammensetzung des Landes so tiefgreifend verändert, dass die Konflikte und Widersprüche des heutigen Chiles eher durch den Feminismus und die sozialökologische Bewegung repräsentiert werden als durch die Gewerkschaften und die linken Parteien.

### Eine neue politische Etappe

Mit dem Aufstand von 2019 hat die chilenische Bevölkerung die politische Bühne betreten. Schon in den vergangenen Jahren war zu beobachten, wie sich klassische politische Bezugspunkte verschieben. So hat sich die Links-Rechts-Polarität zunehmend in eine

Konfrontation zwischen Bevölkerung versus Elite verwandelt. Für die Revolte und die beiden jüngsten Wahlen war das entscheidend: Im Referendum vom Oktober 2020 stimmten 80 Prozent sowohl für eine Änderung der Pinochet-Verfassung als auch dafür, dass das Gremium, das mit der Ausarbeitung des neuen Grundgesetzes betraut werden sollte, ausschließlich aus eigens dafür gewählten Vertreter:innen bestehen sollte. Die reformfeindlichsten Kräfte wollten nur die Hälfte neu wählen lassen und die andere mit Parlamentarier:innen

Eine große Mehrheit will  
einen tiefgreifenden Wandel  
und misstraut den politischen  
Eliten zutiefst.

besetzen. Schon dieses Ergebnis machte deutlich, dass eine große Mehrheit einen tiefgreifenden Wandel will und den politischen Eliten zutiefst misstraut. Die Wahlen im Mai 2021 verstärkten diese Tendenzen mit Ergebnissen, die vor ein paar Jahren noch undenkbar gewesen wären: Umweltschützer:innen, feministische Aktivist:innen und unabhängige Kandidat:innen sowie das Bündnis aus der Kommunistischen Partei und der Frente Amplio verdrängten die Parteien, die die Politik in den letzten drei Jahrzehnten beherrscht hatten.

Der rechte Flügel, der unbedingt ein Drittel der Sitze erlangen wollte, um eine Veto-Macht ausüben zu können, kam nur auf 20 Prozent der Stimmen. Damit kann er allein keine Gesetzesänderungen verhindern. Die Mitte-Links-Parteien der ehemaligen Concertación, die seit 1990 fünfmal regiert hatten, schnitten mit 25 Abgeordneten noch schlechter ab als die Rechten, die Linken und die unabhängigen

Gruppen. Besonders anschaulich ist der Niedergang der Christdemokratie als wichtigste Partei im Übergang zur Demokratie: Sie darf gerade einmal einen Abgeordneten in der verfassungsgebenden Versammlung entsenden. Für die meisten traditionellen Parteien brachte die Wahl verheerende Niederlagen. Das Bündnis der Kommunistischen Partei (PC) und der Frente Amplio [Breite Front], das eine beträchtliche Anzahl von Kandidat:innen aus sozialen Bewegungen umfasste, war erfolgreicher. Mit 28 Sitzen im Verfassungskonvent und bemerkenswerten Erfolgen auf lokaler und regionaler Ebene sind sie zu einer noch wichtigeren Kraft geworden. Rodrigo Mundaca, ein Aktivist gegen die Wasserprivatisierung, wurde Gouverneur der Region Valparaíso, unterstützt von der Frente Amplio. Irací Hassler, ein Mitglied der Kommunistischen Partei, besiegte den rechten Flügel und gewann das Bürgermeisteramt von Santiago. Mit diesen Wahlerfolgen kann sich das Bündnis aus PC und Frente Amplio gute Chancen bei den anstehenden Parlaments- und Präsidentschaftswahlen im November ausrechnen.

#### Männerquote

Die verfassungsgebende Versammlung hatte einen vorgeschriebenen Anteil von 50 Prozent für Frauen. Nun wurden so viele Frauen gewählt, dass sie Plätze für männliche Abgeordnete freimachen mussten. Ebenso bedeutend ist die Tatsache, dass es garantierte Sitze für die indigenen Völker Chiles gab. Das ist in der Geschichte des Landes beispiellos und konnte erst nach hartnäckigen Auseinandersetzungen durchgesetzt werden. Die Mehrheit der 17 durch dieses System gewählten Konventsmitglieder sind anerkannte Führungspersonlichkeiten ihrer Gemeinden. Zu ihnen gehört die junge Anwältin Natividad Llanquileo – sie ist Sprecherin der politischen Gefangenen der



Pierina Ferretti ist eine chilenische Soziologin, die auch als Referentin an der medico-Konferenz „Die [Re-]Konstruktion der Welt“ im Februar dieses Jahres beteiligt war. Sie und ihre Kolleg:innen werden ab sofort über den spannenden chilenischen Prozess zur Wiedergewinnung des Politischen in regelmäßigen Blogs in „30 Pesos – Chilenisches Tagebuch“ online und im Rundschreiben berichten.

Mapuche – und die Machi Francisca Linconao, eine geistige Autorität, die vor Jahren aufgrund eines Polizeikomplots inhaftiert wurde. Die Beteiligung der Ureinwohner:innen an der Ausarbeitung einer Verfassung in einem Land, das strukturell rassistisch und kolonial geprägt ist, könnte zu einer Verfassung für einen plurinationalen Staat beitragen, der ihre Autonomie und ihr Recht auf Selbstbestimmung anzuerkennen hat.

Doch damit ist noch nicht alles über diese Wahl erzählt. Denn die größte Überraschung waren die Erfolge der Unabhängigen. Kandidat:innen, die keiner politischen Partei ange-

hören, schlossen sich in Listen zusammen und hatten tatsächlich eine Chance, gewählt zu werden. So kam es zu einer Lawine von Kandidaturen und einem enorm diversifizierten Wahlangebot. Von den 79 vorgelegten Listen waren 74 unabhängig, von den 155 gewählten Abgeordneten sind 88, also mehr als die Hälfte, unabhängige Kandidat:innen. Innerhalb dieses sehr heterogenen Universums sticht die sogenannte Volksliste hervor. Sie gewann 26 Sitze und überholte damit die ehemalige Concertación. Zu dieser Liste gehören Basisführer:innen aus dem ländlichen Raum, Umweltschützer:innen und Persönlichkeiten, die in der Revolte bekannt wurden. Mit einem Diskurs, der sich auf die Ablehnung der wirtschaftlichen und politischen Eliten konzentrierte, konnte die Liste vor allem jene Bevölkerungsteile gewinnen, die sich nach Transformation sehnen, aber die Parteien ablehnen.

Eines aber darf man nicht außer Acht lassen: das Ausmaß der Stimmenthaltung. 60 Prozent der Wähler:innen gingen nicht zur Wahl. Das deutet darauf hin, dass eine Mehrheit im Wählen weiterhin keinen Sinn sieht. Ob sich dies ändern wird, hängt vor allem vom Verlauf des verfassungsgebenden Prozesses und von den nächsten Wahlen ab. Niemand kann die Zukunft vorhersagen. Aber es gibt eine Hoffnung, dass sich die Demokratie dank der starken Bewegungen erholt und 40 Jahren neoliberaler Enteignung ein Ende gesetzt wird.

[www.medico.de/chilenisches-tagebuch](http://www.medico.de/chilenisches-tagebuch)

# Zunehmend totalitär

Eine Verhaftungswelle in Nicaragua trifft vor allem einstige Mitstreiter:innen – zur Debatte steht auch das Erbe der Revolution

Von Moritz Krawinkel

Eigentlich sind für den 7. November 2021 Wahlen in Nicaragua angesetzt. Eigentlich sollen dann 92 Sitze im Parlament, das Präsident:innenamt und 20 Sitze im Zentralamerikanischen Parlament neu besetzt werden. Eigentlich. Denn ob die Wahlen tatsächlich stattfinden, steht derzeit in den Sternen. Angesichts anhaltender Repressalien gegen Regierungskritiker:innen, massiven Einschränkungen der Pressefreiheit und Verboten von Menschenrechts-, Umwelt- und anderen Organisationen sowie einem jüngst reformierten, unfairen Wahlgesetz waren tatsächlich freie Wahlen ohnehin kaum zu erwarten, doch mit der Festnahme von 13 prominenten Oppositionspolitiker:innen in den vergangenen Tagen, darunter vier potenziellen Kandidat:innen für das höchste Amt im Staat, hat das Ortega-Regime die Repression so drastisch verschärft, dass dem auch der Urnengang selbst zum Opfer fallen könnte.

Festgenommen bzw. unter Hausarrest gestellt wurden nicht nur Liberale wie Juan Sebastián Chamorro und Cristiana Chamorro Barrios, Neffe und Tochter der früheren Präsidentin Violeta Barrios de Chamorro, die Ortega 1990 an der Staatsspitze ablöste, sondern auch die Führungsriege der Partei Unión Democrática Renovadora (UNAMOS), einem Sammelbecken oppositioneller Sandinist:innen, früher be-

kannt als Movimiento Renovador Sandinista (MRS): Ex-General Hugo Torres war an der Revolution gegen das Somoza-Regime beteiligt, Víctor Hugo Tinoco war in den 1980er-Jahren Außenminister der sandinistischen Regierung, die Ex-Guerrillera „Comandante 2“ Dora María Téllez Gesundheitsministerin. Sie hat zu dieser Zeit auch eng mit medico zusammengearbeitet. Vorgeworfen wird den alten Kämpfer:innen der Bruch des erst Ende 2020 in Kraft getretenen Gesetzes 1055 „zur Verteidigung der Rechte des Volkes auf Unabhängigkeit, Souveränität und Selbstbestimmung für den Frieden“. Sie hätten zur Intervention ausländischer Mächte aufgerufen und Geld aus dem Ausland für Terrorakte bekommen und Sanktionen gegen Nicaragua begrüßt.

So scheint die jüngste Verhaftungswelle nicht nur aussichtsreiche Kandidat:innen bei den Wahlen ausschalten zu sollen, sondern auch von einem gut konservierten Rachebedürfnis gegenüber abtrünnigen Sandinist:innen geprägt zu sein. Große Wahlerfolge hätten die Linken trotz Streichung des Wortes Sandinista aus ihrem Parteinamen wohl vermutlich nicht erwarten können. Und auch Violeta Barrios de Chamorro war, bevor sie sich 1980 von der FSLN abwandte und 1990 die Wahlen gegen Ortega gewann, Teil der fünfköpfigen „Junta des nationalen Wiederaufbaus“ nach der Somoza-Diktatur.

Die jüngsten Verhaftungen reihen sich ein in eine Serie von Repressalien nach der gewaltsamen Niederschlagung des Aufstands gegen das Ortega-Regime im Jahr 2018. Damals waren Hunderttausende Menschen in allen Landesteilen gegen eine Reform der Sozialversicherung, die Untätigkeit der Regierung angesichts eines verheerenden Waldbrands in einem Naturschutzgebiet und Polizeigewalt auf die Straße gegangen, auf der größten Demonstration am 30. Mai 2018 waren es in Managua vermutlich eine halbe Million. Vielerorts wurden im Zuge der Proteste Barrikaden errichtet, um Stadtviertel vor sandinistischen Milizen zu schützen, neue oppositionelle Bewegungen formierten sich und es schien, als handle es sich nur noch um Wochen, bis die Ortega-Regierung abtritt. Doch das Regime fiel nicht, sondern reagierte mit Härte: Ca. 320 Menschen wurden bei der Niederschlagung des Aufstands durch Paramilitärs und offizielle Sicherheitskräfte getötet, Tausende kamen in Untersuchungshaft, wurden zum Teil gefoltert, über Hunderttausend Menschen verließen das Land in Richtung USA, Europa oder nach Costa Rica.

Bis heute hat sich die Menschenrechtsslage in Nicaragua nicht verbessert, stattdessen kamen neue Maßnahmen der Unterdrückung hinzu. Ende 2019 entzog das Regime neun Nichtregierungsorganisationen, darunter die Umweltorganisation Popol Na und die Menschenrechtsorganisation Cenidh, mit denen medico zusammenarbeitete, die Rechtsfähigkeit als juristische Person. Geschlossen wurden außerdem regierungskritische Medien wie der Nachrichtensender 100% Noticias und die Zeitschrift Confidencial.

Im Herbst 2020 ging die Ortega-Regierung den nächsten Schritt in Richtung Diktatur und schuf die gesetzlichen Voraussetzungen für weitere Repressalien: Mitte Oktober verabschiedete das von Ortegas sandinistischer

Partei kontrollierte Parlament Gesetz 1040 zur „Regulierung ausländischer Agenten“. Das Dekret schreibt vor, dass alle nicaraguanischen Personen, Organisationen oder Unternehmen, die mit ausländischen Geldern in Berührung kommen, sich bei der Regierung als „ausländische Agenten“ registrieren müssen. Schon damals stellte das Regime eine Weiche für die im November 2021 anstehenden Wahlen: Niemand, die oder der auf der Liste „ausländischer Agenten“ steht, soll ein öffentliches Amt bekleiden dürfen – eine eklatante Grundrechtsverletzung. Daraus haben wir auch bei medico Konsequenzen gezogen und unser kleines Büro in Managua aufgelöst, um lokale Angestellte vor Sanktionen zu schützen.



Moritz Krawinkel ist Online-Redakteur bei medico. Außerdem ist der Soziologe für die Öffentlichkeitsarbeit zu Zentralamerika und Mexiko zuständig.

Nicaragua war immer ein „medico-Kernland“. Darin steckte auch die Hoffnung, dass die Impulse des Befreiungsprozesses von 1979 auf die eine oder andere Weise über die Generationen weitergegeben werden. Das ist auch der Fall. Viele der jungen Leute, die 2018 gegen das Ortega-Regime protestierten, kommen aus sandinistischen Familien. Wir finden Mittel und Wege, auch den in den Untergrund gedrängten Prozess der erneuten Demokratisierung zu unterstützen.

Spendenstichwort: Nicaragua

# medico aktiv

## Bleiben können

Neue Studie zu Fluchtursachen  
aus globaler Perspektive

Was treibt Menschen zur Flucht? Statt die Ursachen einseitig auf die korrupte und undemokratische Verfasstheit in sogenannten Herkunftstaaten zu verkürzen, thematisiert eine umfangreiche Studie der Arbeiterkammer Wien die maßgebliche Rolle von globaler Ungleichheit und Klimakrise. „Das Recht, nicht gehen zu müssen“, verfasst von Sonja Buckel und Judith Kopp von der Universität Kassel, zeigt globale Zusammenhänge und die besondere Verantwortung der europäischen Politik für Fluchtursachen auf. Parallel zur Studie, die bei der AK Wien bezogen werden kann, ist eine gleichnamige Broschüre erschienen. Sie soll progressiven Akteur:innen Strategien an die Hand geben, über Flucht so sprechen zu können, dass zentrale Fragen der globalen Ungleichheit und der sozialen und ökologischen Gerechtigkeit in den Mittelpunkt rücken. Herausgegeben wird sie von der AK Wien gemeinsam mit Weltumspannend Arbeiten, dem entwicklungspolitischen Verein im ÖGB, und medico. Sie kann kostenlos bei medico bestellt werden (s. S. 56).



[www.medico.de/fluchtursachen-broschuere](http://www.medico.de/fluchtursachen-broschuere)



## Transkulturelles Erinnern

Dritte Runde des Utopischen  
Raums beginnt

Im Zuge von Globalisierung und Migration ist die Welt näher zusammengerückt. Was aber resultiert daraus für das kulturelle Gedächtnis? Wie werden heute Erinnerungen geteilt? Wie vermittelt sich deutsche Erinnerungskultur mit Erinnerungskulturen anderer Gesellschaften? Wie können wir ein transkulturelles Gedächtnis denken? Wie entsteht ein gemeinsames Bewusstsein in der Vielfalt, eines, das dazu führt, dass die Rechtsverletzung an einem Ort der Welt auch an allen anderen als Unrecht „gefühl“ wird? Ein solches transkulturelles Gedächtnis könnte Voraussetzung für eine zeitgemäße nichteurozentristische Version kosmopolitischer Ideen sein. Um diese Fragen geht es bei dem Auftaktwochenende zur dritten Runde der Debattenreihe „Utopischer Raum“ am 18. und 19. September, die von der medico-Stiftung zusammen mit dem Frankfurter Institut für Sozialforschung und der Frankfurter Rundschau veranstaltet wird. Es folgen monatliche Abendveranstaltungen. Diese werden die „Tage der Demokratie“ vorbereiten, welche anlässlich des 175-jährigen Jubiläums der Nationalversammlung in der Paulskirche für das Frühjahr 2023 vom zivilgesellschaftlichen Frankfurter „Netzwerk Paulskirche“ geplant werden, zu dem auch die medico-Stiftung gehört. Eine Anmeldung zum Auftaktwochenende des Utopischen Raums ist in Kürze möglich unter:

[www.stiftung-medico.de/der-utopische-raum](http://www.stiftung-medico.de/der-utopische-raum)

der  
utopische  
raum  
es geht auch anders! – der utopische  
raum im globalen frankfurt  
inspiration für emanzipatorisches  
denken und handeln

## Köln und die Welt

Covid-19: Der „Impfsoli“ für  
mehr globale Gerechtigkeit

Die Idee entstand, als die Stammtisch-Runde einer im Lockdown befindlichen Kölner Südstadt-Kneipe in einem Zoom-Meeting zusammen klönte und über die Weltlage debattierte. Man war sich einig in der Entrüstung über die weltweit ungleiche Verteilung der Corona-Impfstoffe und die Politik eines „Rich First – Poor Later“. „Wir wissen, dass viele momentan eine schwierige Zeit durchmachen, dennoch wollen wir auf die Not derer aufmerksam machen, denen der Zugang zu einer medizinischen Absicherung nicht gegeben ist“, so der ehemalige Berufsschullehrer Werner Majoli gegenüber dem Kölner Wochenspiegel. Die Idee der Runde ist einfach: Einsparungen durch den seit Anfang des Jahres weggefallenen Solidaritätszuschlag werden zu einem „Impfsoli“ internationalisiert. Jede:r warb im eigenen Freundes- und Bekanntenkreis für dieses Anliegen und so kam schnell eine stattliche Summe zusammen. Diese wurde und wird an drei ausgesuchte Hilfsorganisationen gespendet, die weltweit Corona-Hilfe leisten und unterstützen – darunter medico. Herzlichen Dank.

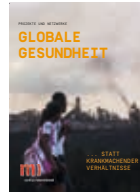
[www.impfsoli.koeln](http://www.impfsoli.koeln)



1  
**NEU:** Flyer zur Kampagne „Make them SIGN“ – für globale Impfstoffgerechtigkeit



2  
**NEU:** Broschüre zu Fluchtursachen und ihrer Überwindung



3



5



7



4



6



8

# Bestellen & Verbreiten

In kostenlosen Broschüren, Flyern und auf Plakaten informieren wir über aktuelle Themen und Kampagnen, die uns wichtig sind. Wir freuen uns, wenn Sie Freund:innen, Bekannte und Kolleg:innen darauf aufmerksam machen. Gerne dürfen Sie unser rundschreiben und alle anderen Materialien auch in größerer Stückzahl bestellen und an Orten in ihrer Umgebung – in Arztpraxen, Cafés oder Buchläden – auslegen. Sie helfen uns und unseren Projektpartner:innen sehr, wenn Sie zur Verbreitung unserer Inhalte beitragen.

Eine vollständige Liste unserer Materialien zum Bestellen oder Herunterladen finden Sie hier:

[www.medico.de/material](http://www.medico.de/material)

**NEU: Make them SIGN. Jetzt Patentfreigabe durchsetzen!** – Flyer zur aktuellen Kampagne für eine globale Impfstoffgerechtigkeit inkl. Argumentationshilfen zur Enttarnung der Argumente von Pharma und Co. Zum Auslegen im lokalen Buchladen und überall sonst.

**NEU: Das Recht, nicht gehen zu müssen** – (30 S.) Parallel zur gleichnamigen umfangreichen Studie, die bei der Arbeiterkammer Wien zu beziehen ist, gibt es diese, von medico mitherausgegebene Broschüre. Sie zeigt Handlungsmöglichkeiten auf, um das „Recht, nicht gehen zu müssen“ zu verwirklichen.

**3 Globale Gesundheit** – 16-seitige Kurzbroschüre. Das Recht auf den Zugang zu bestmöglicher Gesundheit wird weltweit jeden Tag millionenfach verletzt. Der Infolyer stellt die Arbeit von medico-Partnerorganisationen und medicos Engagement in globalen Netzwerken vor. Natürlich kostenlos.

**4 Wissenswertes zu Testament und Erbschaft** – (28 S.) Wenn Sie medico testamentarisch berücksichtigen möchten, bietet die Broschüre Informationen zu rechtlichen und steuerlichen Fragen.

**5 medico-rundschreiben 01/21** – Reportagen, Interviews, Kommentare und Analysen aus dem globalen Handgemenge unserer Projekt- und Kampagnenarbeit.

**6 medico-Jahresbericht 2020** – (48 S.) Projekte, Netzwerke, Aktionen, Kampagnen: der Gesamtüberblick mit Grundsätzen und Finanzbericht.

**7 Inseln der Vernunft schaffen** – Der Flyer informiert kurz und knapp über Ziele und Arbeitsweisen der stiftung medio international und ist auch bestens geeignet, potenziell interessierte Freund:innen und Bekannte auf die Stiftung aufmerksam zu machen.

**8 Europa ist Exportweltmeister**– 12-seitige aktualisierte Kurzbroschüre zum Thema Fluchtursachenbekämpfung, die die Verantwortung der EU für die Schaffung von Fluchtursachen ins Zentrum stellt. Herausgegeben von medico international, Brot für die Welt und Pro Asyl.

## Ich bestelle:

- \_\_\_\_\_ Flyer #makethesign  
 \_\_\_\_\_ Broschüre: Das Recht, nicht gehen zu müssen  
 \_\_\_\_\_ Broschüre: Globale Gesundheit  
 \_\_\_\_\_ Broschüre zu Testament und Erbschaft  
 \_\_\_\_\_ medico-rundschreiben 01/21  
 \_\_\_\_\_ medico-Jahresbericht 2020  
 \_\_\_\_\_ Flyer: Inseln der Vernunft schaffen  
 \_\_\_\_\_ Broschüre Exportweltmeister

Anzahl

Name \_\_\_\_\_

Straße \_\_\_\_\_

Ort \_\_\_\_\_

Meine Spendennummer \_\_\_\_\_

Ich möchte:

- kostenlose Materialien bestellen  
 dass eine Spende in Höhe von \_\_\_\_\_ € einmalig von meinem Bankkonto abgebucht wird.

IBAN \_\_\_\_\_

BANK \_\_\_\_\_

BIC \_\_\_\_\_

Datum \_\_\_\_\_

Unterschrift \_\_\_\_\_

Bitte einsenden an:  
**medico international**  
 Lindleystr. 15  
 D-60314 Frankfurt am Main  
 oder faxen an (069) 43 60 02

# Spenden & Stiften

Die Hilfe in krisenhaften Zeiten braucht Ihr Hinsehen, Ihr Verstehen und Ihre Zuwendung. Für die Förderung von Projekten und unserer kritischen Öffentlichkeits- und Kampagnenarbeit sind wir auch auf Ihr finanzielles Engagement angewiesen. 50 Jahre medico sind nicht ohne die kritischen und aufmerksamen Wegbegleiter zu denken. Rettung lauert überall – auch in unseren Fördermitgliedern und Unterstützern.

**Spenden ohne Stichwort** sind für medico besonders wichtig, da wir und unsere Partner hierdurch unabhängig arbeiten können und flexibel auf akute bzw. von den Medien wenig beachtete Not- und Krisensituationen reagieren können. Sie können Ihre Spende auch mit einem bestimmten Stichwort versehen, dann wird Ihre Spende ausschließlich in der entsprechenden Region bzw. themenbezogen eingesetzt.

**Fördermitgliedschaft:** Eine Fördermitgliedschaft ermöglicht mit regelmäßigen Beiträgen langfristige und verbindliche Projektkooperationen. Sie hilft, Partner in Regionen zu unterstützen, die nicht im Fokus der öffentlichen Aufmerksamkeit liegen, und in Krisensituationen auch dann zu helfen, wenn hier Anteilnahme und Spendenbereitschaft schwinden. Der jährliche Förderbeitrag liegt bei 120 Euro, für Menschen mit wenig Geld bei 60 Euro. Gerne kann der Beitrag individuell höher gesetzt werden. Sie können eine Fördermitgliedschaft auch verschenken!

**Spenden und Schenken:** Verschenken Sie eine Spende an medico: Ob Geburtstag, Hochzeit, Jubiläum oder Firmenfeier – jeder Anlass eignet sich. Sie können sich auch eine Spende

wünschen. medico stellt Ihnen eine Geschenkkarte und Infomaterial zur Verfügung.

**Gemeinsame Spendenaktionen online starten:** [Schul-]Feste, Konzerte und andere Veranstaltungen sind in Pandemiezeiten nicht möglich – kommen Sie daher online zusammen und starten gemeinsam eine Spendenaktion. Ob zum eigenen Geburtstag oder zur Unterstützung eines konkreten medico-Projektes: Legen Sie auf unserer Internetseite eine Online-Spendenaktion an und teilen den Link über E-Mail und soziale Medien mit Familie, Freund:innen und Kolleg:innen. Entscheiden Sie selbst über Spendenstichwort, einen Text, ein Foto und darüber, wen Sie einladen. Sie können festlegen, ob die Aktion auf dieser Seite öffentlich sichtbar oder privat ist. Die Spendenaktion ist in wenigen Minuten aufgesetzt. [www.medico.de/spendenaktion](http://www.medico.de/spendenaktion)

**Zustiftungen:** Die stiftung medico international fördert aus den Erträgen ihres Vermögens die Arbeit des Vereins medico international. Von der Zustiftung bis zum Darlehen: es gibt verschiedene Formen, zum Stiftungsvermögen beizutragen und Geld solidarisch einzusetzen.

**Online-Spenden:** Unter [medico.de/spenden](http://medico.de/spenden) können Sie unkompliziert online spenden oder eine Fördermitgliedschaft abschließen.

**Spendenkonto medico international**  
**BIC HELADEF1822**  
**IBAN DE21 5005 0201 0000 0018 00**



Das Deutsche Zentralinstitut für soziale Fragen [DZI] bescheinigt medico international

einen sorgfältigen und verantwortungsvollen Umgang mit Spendengeldern.

**Spendenquittungen:** medico international ist als gemeinnütziger Verein anerkannt, daher ist Ihre Spende steuerlich absetzbar. Für Spenden ab 50 Euro schicken wir automatische eine Spendenbescheinigung, spenden Sie regelmäßig oder mehrmals im Jahr, senden wir Ihnen zu Beginn des Folgejahres eine Jahresspendenbescheinigung zu.

Haben Sie Fragen? Wir helfen gerne weiter

**Allgemeine Anfragen zu Spenden, Fördermitgliedschaft und Geschenkspenden**  
Andrea Schuldt und Frank van Ooyen  
Tel.: (069) 944 38-0, E-Mail: [info@medico.de](mailto:info@medico.de)



**Zustiftungen, Testamentspenden und Unternehmensspenden**  
Gudrun Kortas  
Tel.: (069) 94438-28,  
E-Mail: [kortas@medico.de](mailto:kortas@medico.de)



**Spendenaktionen und Kommunikation**  
Anita Starosta  
Tel.: (069) 94438-44,  
E-Mail: [starosta@medico.de](mailto:starosta@medico.de)

**Umzug oder Bankänderung?** Bitte teilen Sie uns Ihre neue Adresse oder Bankverbindung, unter Nennung der alten Anschrift, mit. So bleiben wir in Kontakt!

**Vielen Dank für die solidarische Unterstützung unserer Arbeit!**

**medico online Nachrichten, Meinungen und Analysen aus dem globalen Handgemenge.** Im **Blog** mischen sich medico-Kolleginnen und -Kollegen in aktuelle Debatten ein und entwickeln Perspektiven im Dialog mit unseren Partnerorganisationen in Asien, Afrika und Lateinamerika. **Mit Beiträgen von Thomas Gebauer, Anne Jung, Ramona Lenz, Katja Maurer, Riad Othman, Thomas Seibert u.v.m.** Der **Newsletter** informiert regelmäßig über unsere neuesten Veröffentlichungen, über Hintergründe, Kampagnen und Aktuelles. In den **sozialen Netzwerken** unterstützen wir den täglichen Blick über den Tellerrand. Facebook, Twitter, Instagram, Youtube, Telegram – **alle Optionen unter [medico.de/verbinden](https://www.medico.de/verbinden)**



**Globale Gesundheit  
ist keine Verhandlungs-  
sache.**

**Wir brauchen  
SCHNELLER! MEHR!  
IMPfstoffe!  
WELTWEIT!**

**Jetzt Patentfreigabe  
durchsetzen.**

**Keine Ausreden!**

**#makethesign  
makethesign.eu**

